

Diplomarbeit

**Netizens -  
Gruppenstrukturen und –prozesse am Beispiel  
der Initiative VIBE!AT-Verein für  
Internet-Benutzer Österreichs**

von

**Martin Bohatschek**

betreut von

**Mag. Dr. Fritz Betz (Dipl.Soz FU Berlin)**

im Fachbereich

**Informations- und Wissensmanagement**

Fachhochschul-Studiengang Informationsberufe

Eisenstadt, 2005

## **Eidesstattliche Erklärung**

Hiermit bestätige ich, Martin Bohatschek, geboren am 5. März 1982 in Wien, diese Diplomarbeit selbstständig verfasst, alle Quellen und Hilfsmittel angegeben, keine unerlaubten Hilfen eingesetzt und die Arbeit bisher in keiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt zu haben.

Wien, am 31. Mai 2005

## **Kurzreferat**

Die elektronische Bürgerinitiative „Verein für Internet-Benutzer Österreichs“ (VIBE!AT) repräsentiert einen Aspekt von e-Democracy. Das Ziel von VIBE!AT ist, zu einem verantwortungsbewussten und kritischen Umgang mit dem Internet aufzurufen, ebenso wie ein öffentliches Bewusstsein zu schaffen, um Versuche des Staates die digitalen Bürgerrechte einzuschränken, zu erkennen.

Der Zweck dieser Diplomarbeit ist der Vergleich klassischer Gruppenstrukturen und –prozesse mit der Gruppendynamik von VIBE!AT und die Charakteristiken der Netizens (net+citizen), die sich an dieser elektronischen Bürgerinitiative beteiligen, zu untersuchen.

Diese Arbeit ist in einen theoretischen und einen empirischen Abschnitt unterteilt. Die beiden ersten Kapitel beinhalten eine umfangreiche Literaturrecherche über die Soziologie der Gruppe und Basisinformation zum Thema e-Democracy. Das folgende empirische Kapitel besteht aus der Inhaltsanalyse einer Fallstudie, die durch qualitative Interviews mit Mitgliedern von VIBE!AT entstanden ist. Das Ziel dieser Untersuchung ist herauszufinden, wie der Verein organisiert ist, verglichen mit konventionellen Gruppen.

Zum Schluss werden die charakteristischen Eigenschaften hinsichtlich der Kommunikation und dem Arbeitsablauf innerhalb der Gruppe dargelegt.

**Schlagwörter:** VIBE!AT, Netizen, E-Democracy, Gruppendynamik, Gruppenprozess, elektronische Bürgerinitiative

## Abstract

The electronic citizens' initiative Austrian Association for Internet Users (VIBE!AT) represents one aspect of electronic democracy. VIBE!AT's ambition is to evoke a responsible and critical use of the internet as well as creating public awareness of excessive attempts to limit digital civil rights by the state.

The purpose of this diploma thesis is to compare classical team structures and group processes with the group dynamics of the Austrian Association for Internet Users (VIBE!AT) and to investigate the characteristics of the netizens (net+citizen) who participate in this electronic citizens' initiative.

This study is divided into a theoretical and an empirical part. The first two chapters include an extensive review of current literature on the sociology of groups and the basics of e-democracy. Subsequently, the empirical part provides a content analysis based on a case study, which was accomplished through qualitative interviews with members of VIBE!AT. The aim of this investigation is to determine how this association is organised compared to conventional groups.

The outcome of this study is a list of characteristic attributes regarding communication and work routines within the group. In addition, VIBE!AT was found to be a good example of an electronic citizens' initiative.

**Keywords:** VIBE!AT, netizen, e-democracy, group dynamic, group process, electronic citizens' initiative

## Executive Summary

Der Verein der Internet-Benutzer Österreichs (VIBE!AT) setzt sich als elektronische Bürgerinitiative für digitale Bürgerrechte ein und repräsentiert einen Aspekt von elektronischer Demokratie zur Stärkung des politischen Diskurses.

Ziel dieser Arbeit ist es, die Gruppenbeziehungen der Mitglieder dieses elektronischen Vereins zu untersuchen und mit klassischen Gruppenstrukturen zu vergleichen und die Charakteristiken der Netizens, d.s. Mitglieder in diesem Verein, zu beschreiben. Außerdem ist die Arbeitsweise, Kommunikationsweise und Konsensfindung des Vereins zu untersuchen. Zugleich wird auf mögliche Zugangsmechanismen für die Beteiligung an dieser elektronischen Bürgerinitiative eingegangen und untersucht, inwieweit es dem Verein gelingt, direkt oder indirekt, Einflussnahme auf die Politik zu nehmen.

Die Ergebnisse dieser Arbeit sind für das Forschungsprojekt „New Orientations for Democracy in Europe – node<sup>1</sup>“ von Bedeutung, welches sich mit der Bedeutung von vernetzter Informations- und Kommunikationstechnologie zur Stärkung des politischen Diskurses der Gesellschaft auseinandersetzt.

Eine Literaturrecherche zur Soziologie der Gruppe und zum Thema e-Democracy sollen dabei helfen, die Zielsetzung dieser Diplomarbeit zu erreichen. Als empirischen Teil der Arbeit werden Interviews mit Mitgliedern von VIBE!AT analysiert und zusammenfassend wiedergegeben.

Die Ergebnisse beruhen großteils auf den mit VIBE!AT-Mitgliedern geführten Interviews. Die wesentlichen Erkenntnisse zeigen, dass es sich bei diesem Verein um eine formelle, sekundäre Großgruppe handelt, die ohne starre Hierarchie, Regeln und Normen auskommt. Persönliche Treffen spielen eine untergeordnete Rolle, da die Kommunikation über Mailinglisten stattfindet. Die Mitglieder sind großteils männlich und technikinteressiert, repräsentieren somit nur einen kleinen Ausschnitt der Gesellschaft. Als elektronische Bürgerinitiative bietet VIBE!AT einerseits Raum

---

<sup>1</sup> <http://www.node-research.at/index.php>

für gesellschaftlichen Diskurs und der Bildung einer interessierten Öffentlichkeit.  
Zudem wird versucht, Einflussnahme auf die Gestaltung von Politik, in Form von  
Lobbying, zu nehmen.

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. EINLEITUNG</b> .....	9
<b>1.1. Ausgangspunkt der Arbeit</b> .....	9
<b>1.2. Zielsetzung</b> .....	9
<b>1.3. Aufbau der Arbeit</b> .....	10
<b>1.4. Hinweis</b> .....	10
<b>2. DIE GRUPPE</b> .....	11
<b>2.1. Grundlegendes</b> .....	11
<b>2.2. Definition des Begriffs Gruppe und klassifikatorische Merkmale</b> .....	12
<b>2.3. Arten von Gruppen</b> .....	15
2.3.1. Primär- und Sekundärgruppe .....	15
2.3.2. Formelle und informelle Gruppe.....	17
<b>2.4. Gruppenprozesse: Gruppenentwicklung und Gruppendynamik</b> .....	19
<b>3. E-DEMOCRACY</b> .....	26
<b>3.1. Definition</b> .....	26
<b>3.2. Internet und traditionelle Medien</b> .....	26
<b>3.3. Partizipatorische Demokratie</b> .....	32
<b>3.4. Digitale Spaltung und Medienkompetenz</b> .....	37
<b>4. DER VEREIN FÜR INTERNET-BENUTZER ÖSTERREICHS</b> .....	39
<b>4.1. Der Verein</b> .....	39
<b>4.2. Ziele und Anliegen</b> .....	39
<b>4.3. Tätigkeiten</b> .....	40
<b>4.4. Aktionen</b> .....	41
<b>5. Erkenntnisse aus den Interviews</b> .....	43
5.1. Forschungsmethode .....	43
5.2. Methode der Datenauswertung.....	43
5.3. Strukturen und Merkmale des Vereins.....	43
5.4. Kommunikation innerhalb der Gruppe.....	46
5.5. Öffentlichkeitsarbeit und Lobbying .....	50
<b>6. ZUSAMMENFASSUNG</b> .....	53
<b>7. BIBLIOGRAPHIE</b> .....	57
<b>8. ANHANG</b> .....	62
<b>8.1. Interview-Leitfaden</b> .....	62
<b>9. LEBENSLAUF</b> .....	65

## Verzeichnis der Abkürzungen

bspw.	beispielsweise
bzw.	Beziehungsweise
ca.	circa
d.h.	das heißt
d.s.	das sind
et al.	et altere
FHS	Fachhochschul-Studiengang
s.	siehe
u.a.	unter anderem
v.a.	vor allem
VIBE!AT	Verein für Internet-Benutzer Österreichs
z.B.	zum Beispiel

## Verzeichnis der Abbildungen

ABBILDUNG 1:	
GRUPPENTYPEN NACH DÖRING (2003:490) .....	16
ABBILDUNG 2:	
PHASENMODELL DER GRUPPENENTWICKLUNG IN DÖRING (2003:495) .....	20
ABBILDUNG 3:	
INTERAKTIONSANALYSE VON BALES IN WÖSSNER (1974:153) .....	22
ABBILDUNG 4:	
ANWENDUNGSGEBIETE DES INTERNET IM DEMOKRATISCHEN PROZESS (LEGGEWIE, 1997:18) .....	28
ABBILDUNG 5:	
INTERNET IM POLITISCHEN PROZESS (KLEINSTEUBER, 2001:18) .....	32
ABBILDUNG 6:	
AUSWIRKUNG VON E-DEMOCRACY AUF DAS POLITISCHE SYSTEM (HART & STÜDEMANN, 2004:9) .....	33



## 1. Einleitung

Das um sich greifende politische Desinteresse meiner Mitbürger ist für mich als politisch aktiver Mensch bedenklich. Nicht zuletzt dadurch wurde meine wissenschaftliche Neugier für die Frage nach der Bedeutung der neuen Medien für den politischen Diskurs entfacht. Meine Aufmerksamkeit gilt der Themenstellung, wie vernetzte Informationstechnologie zur Förderung der politischen Auseinandersetzung eingesetzt werden kann.

### 1.1. Ausgangspunkt der Arbeit

Den Ausgangspunkt bildet das Forschungsprojekt „How democratic is eGovernment? Public Knowledge Management and Governmentality in Europe“ welches sich, im Rahmen des Forschungsschwerpunkts „New Orientations for Democracy in Europe – node<sup>2</sup>“, der Problemstellung widmet, inwieweit der Einsatz vernetzter Informations- und Kommunikationstechnologie zu einer intensivierten Beteiligung der Bürger am politischen Diskurs beitragen kann.

### 1.2. Zielsetzung

Ziel dieser Arbeit ist, am Beispiel des Vereins für Internet-Benutzer Österreichs (VIBE!AT) die Arbeitsweise einer elektronischen Bürgerinitiative zu untersuchen. Von besonderem Interesse ist das Individuum Mensch (Netizen), der das Internet für gesellschaftliche Zwecke verwendet. Dabei spielen Aspekte wie Gruppenstrukturen und –prozesse, vorhandene Zugangsbarrieren an der Beteiligung einer digitalen Bürgerinitiative und mögliche Einflussnahme so genannter Netizens<sup>3</sup> auf die Politik eine Rolle.

Um die Zielsetzung zu erreichen, wurden qualitative Interviews mit Gruppenmitgliedern von VIBE!AT durchgeführt, die in dieser Arbeit ausgewertet werden. Zum besseren Verständnis der Gruppendynamik des Vereins widmet sich ein Kapitel den Grundlagen der klassischen Gruppentheorie aus sozialpsychologischer Sicht. Nachdem VIBE!AT einen Aspekt von e-Democracy darstellt, wird in einem Kapitel näher auf diesen Begriff und seine Bedeutung eingegangen.

---

<sup>2</sup> <http://www.node-research.at/index.php>

<sup>3</sup> Netizen ist ein aus den englischen Wörtern net und citizen zusammengesetzter künstlicher Begriff

Die gewonnenen Erkenntnisse sind für das Forschungsprojekt „How democratic is eGovernment?“ von Relevanz.

### **1.3. Aufbau der Arbeit**

Das zweite Kapitel informiert über die Grundlagen der klassischen Gruppentheorie aus sozialpsychologischer Sicht. Kapitel drei enthält Basisinformation zum Thema e-Democracy. Das Kapitel vier umfasst eine Beschreibung des Vereins der Internetbenutzer Österreichs und die Erkenntnisse aus den durchgeführten Interviews mit Mitgliedern von VIBE!AT. Anschließend erfolgt im fünften Kapitel eine Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse. Am Ende der Arbeit befinden sich Bibliographie und Anhang.

### **1.4. Hinweis**

Um eine leichte Lesbarkeit dieser Arbeit zu gewährleisten, wurde für personenbezogene Bezeichnungen durchgehend die männliche Form gewählt. Wenn nicht ausdrücklich erwähnt, bezieht sich diese selbstverständlich auch auf das weibliche Geschlecht.

## 2. Die Gruppe

In diesem Kapitel werden die Grundlagen der klassischen Gruppentheorie aus sozialpsychologischer Sicht erläutert.

### 2.1. Grundlegendes

Unter dem Begriff Gruppe versteht man ein soziales Gebilde oder System, welches aus den wechselseitigen Kontakten und Beziehungen zweier oder mehrerer Personen entsteht. Die Gruppe ist das häufigste soziale System und kommt in den unterschiedlichsten Abstufungen vor; von relativ losen Kontakten und Zusammenhängen, bis zu hoch informierten und hoch strukturierten, organisationsähnlichen Gruppen. Beispiele wären die Familie, Arbeitsteams, Sportgruppen, Fangruppen oder Interessensgruppen. Die Zugehörigkeit zu einer Gruppe ist meist unvermeidbar, außer man entscheidet sich bewusst für ein Leben abseits der Gesellschaft. In der Regel strebt der Mensch, ganz gleich welchem Gesellschaftstypus er angehört, eine Gruppenzugehörigkeit an. Schon Aristoteles (1994:1253A) bezeichnete den Menschen als „zoon politikon“<sup>4</sup>. Ein Dasein ohne das Eingebunden sein in ein soziales System wird als Defizit empfunden. Durch die Teilnahme an einer Gruppe ergeben sich gewisse Gemeinsamkeiten und grundlegende soziale Bedürfnisse werden befriedigt. Innerhalb der Gruppe kann man sich mit anderen, meist Gleichgesinnten, unterhalten und austauschen, erfährt gegenseitig Unterstützung und Bestätigung. Die Konstituierung von gemeinsamen Anliegen, Zielen und Motiven festigt dabei das Zusammengehörigkeitsgefühl. Gleichzeitig kommt es zur Entstehung von Richtlinien und Normen, an die sich die Mitglieder der Gruppe zu halten haben.

Gruppenbildungsprozesse entstehen aus den unterschiedlichsten Anlässen. Ein Ausbilder von Rekruten, die sich schlecht und nicht regelkonform behandelt fühlen, kann aus emotionalen Gründen zur Schlüsselfigur einer Gruppenbildung werden. Die Soldaten haben ein gemeinsames Hassobjekt, wodurch Gruppenemotionen entstehen. Die Rekruten stehen sich näher als zum Beginn ihrer Ausbildung, obwohl es sich um keine Freundschaft handelt.

---

<sup>4</sup> zoon politikon = gesellschaftliches Wesen

Genauso gut kann es aber auch zur Bildung von Gruppen aus rationellen Gründen kommen. Die so genannte Arbeitsgruppe in einem Betrieb wäre dafür ein Beispiel. Laut Schulz (1993:229 ff) gibt es v.a. drei Ursachen, die zur Bildung von Gruppen führen:

- Wegen des gemeinsamen Nutzens, den die Individuen durch den Zusammenschluss oder durch die Mitgliedschaft haben  
Der gemeinsame Nutzen ergibt sich für jedes Mitglied aus der Überlegung heraus, ob der zu leistende Aufwand den daraus zu ziehenden Nutzen rechtfertigt. Ist der Vorteil nicht ersichtlich, ist die Mitgliedschaft zu einer anderen Gemeinschaft eine Alternative.
- Wegen Bedrohung von außen  
Nimmt der Mensch Bedrohung durch andere Personen oder durch eine gefährliche Lage wahr, tendiert er dazu, sich einer Gruppe anzuschließen.
- Auf Grund von Attraktivität und Sympathie.  
In der Regel finden sich jene Personen zu einer Gruppe, die sich untereinander mögen, bzw. sympathisch oder ähnlich sind. Dadurch werden Gefühle wie Vertrautheit geweckt.

## **2.2. Definition des Begriffs Gruppe und klassifikatorische Merkmale**

Es gilt anzumerken, dass die folgende Definition *eine* von sehr vielen ist, da es in der sozialpsychologischen Literatur unzählige Ansätze gibt, den Begriff Gruppe zu definieren. Laut Sader (1991:38) ist der Terminus Gruppe ein Konstrukt, den wir an die Phänomene um uns herum herantragen, um etwas Ordnung in unsere Gedanken und Wahrnehmungen zu bekommen. Wie das Wort Gruppe definiert wird, hängt letztendlich auch von der Zweckmäßigkeit der Lage und vom Forschungskontext ab. Eine gängige und gültige Definition des Begriffs Gruppe wäre folgende:

*Eine soziale Gruppe umfasst eine bestimmte Zahl von Mitgliedern (Gruppenmitgliedern), die zur Erreichung eines gemeinsamen Zieles (Gruppenziel) über längere Zeit in einem relativ*

*kontinuierlichen Kommunikations- und Interaktionsprozess stehen und ein Gefühl der Zusammengehörigkeit (Wir-Gefühl) entwickeln. Zur Erreichung des Gruppenziels und zur Stabilisierung der Gruppenidentität sind ein System gemeinsamer Normen und eine Verteilung der Aufgaben über ein gruppenspezifisches Rollendifferential erforderlich (Schäfers, 1994:20f).*

Die gängigen Definitionen des Begriffs Gruppe beschreiben alle das Zusammenspiel mehrerer Personen zueinander, jedoch gehen sie nicht auf die Individuen selbst ein. Wie bereits erwähnt, gibt es die unterschiedlichsten Komposita. Bezüglich der äußeren Rahmenbedingungen dient die Größe der Gruppe als ein wichtiges Unterscheidungskriterium zwischen unterschiedlichen Ausprägungen dieses sozialen Systems.

In der Sozialpsychologie wird generell zwischen Dyade (zwei Personen), Kleinstgruppe (ca. 2-6 Personen), Gruppe (3-30 Personen) und Großgruppe (mehr als 25 Personen unterschieden), wobei die Grenzen nicht einheitlich sind.

Von diesen vier Modellen sind am öftesten Dyaden untersucht worden. In der Praxis kommen laut James (1951) Gruppen mit fünf und weniger Mitgliedern am häufigsten vor. Daraus lässt sich jedoch nicht eine ideale oder optimale Gruppengröße ableiten. Die sinnvolle Zahl an Mitgliedern ergibt sich aus zu erledigenden Aufgaben und den von einer Gruppe verfolgten Zielen. Rein körperliche Tätigkeiten verlangen meist nach einer höheren Zahl an menschlicher Ressource als komplexe Denkprozesse. Die Gruppengröße als Variable hat maßgeblichen Einfluss auf den Gemeinsinn, die Stabilität und die Ergiebigkeit der Gruppe. Die Anteilnahme jedes Einzelnen sinkt mit steigendem Wachstum der Gruppenmitgliederzahl. Vorstellungen und Ideen können in einer Großgruppe nicht so leicht eingebracht werden wie in einer Dyade. Gleichzeitig sinken das Pflichtgefühl und die Verantwortung für das gemeinsame Handeln. Der Einzelne kann sich in einer Großgruppe leichter im Hintergrund halten. Die Zahl der passiven Mitglieder wächst, genauso wie die Zeit, die für organisatorische Arbeiten aufzubringen ist. Das Zusammengehörigkeitsgefühl schwindet, die Gemeinschaft wird als immer unpersönlicher empfunden.

Schäfers (1999:21) führt folgende Kriterien an, um die soziale Gruppe von flüchtigen sozialen Gebilden unterscheiden zu können:

- eine jeweils bestimmte Zahl von Mitgliedern, die bei Kleingruppen zwischen drei und etwa 25 Personen liegt;
- ein gemeinsames Gruppenziel und ein Verhaltensmotiv für die Gruppe insgesamt wie für jedes einzelne Mitglied;
- ein <Wir-Gefühl> der Gruppenzugehörigkeit und des Gruppenzusammenhalts (dies führt zu der Unterscheidung der <Eigengruppe> von der <Fremdgruppe>);
- ein System gemeinsamer Normen und Werte als Grundlage der Kommunikations- und Interaktionsprozesse;
- ein Geflecht aufeinander bezogener sozialer Rollen (Rollendifferential), das auf das Gruppenziel bezogen ist und unter anderem sowohl die Zielerreichung wie die Lösung von Konflikten gewährleistet.

Die meisten Erkenntnisse und Ergebnisse aus der Gruppenforschung stammen von künstlich zusammengesetzten Kleingruppen, die eben für die Durchführung eines Experiments rekrutiert werden. Bei Gruppen solcher Art gibt es verständlicherweise keine Vorgeschichte, keine Vorbeziehungen zwischen Mitgliedern und keinen raumzeitlichen Kontext. Dadurch kommt es zu einer Vereinfachung und einem schiefen Bild. Sader (1951) benennt die grundlegenden Unterschiede zwischen Gruppen im Alltag und künstlich zusammengestellter soziale Systeme in der Forschung:

- Gruppen handeln im Alltag zumeist nicht im luftleeren Raum, sondern es gibt einen raumzeitlichen Kontext: es gibt eine Vorgeschichte, und es gibt eine Umgebung.
- Die mehrfache Gruppenzugehörigkeit ist die Regel: wir alle sind in mehrere Gruppen engagiert, zwischen dem Handeln in diesen Gruppen und den Anforderungen in diesen Gruppen kann und wird es vielfach Widersprüche und Unvereinbarkeiten geben.
- Die Gruppengrenzen sind oft unklar und können von den Beteiligten unterschiedlich definiert werden.
- Die Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Gruppe ist kein „Alles-oder-Nichts-Phänomen“. Es gibt häufig sehr fließende Grade von Zugehörigkeit, möglicherweise mit zeitlichen Schwankungen.

- Gruppen müssen nicht aus einer festen definierten Anzahl gleich bleibender Personen bestehen, es kann rasche Wechsel und anstelle von Statik auch ein Fließgleichgewicht geben (etwa Kommissionen, in denen anstelle von verhinderten Mitgliedern Ersatzmitglieder mitarbeiten; Gruppen, in denen die zeitliche Zugehörigkeit von Mitgliedern sich überlappt).

## 2.3. Arten von Gruppen

### 2.3.1. Primär- und Sekundärgruppe

Gruppen, „deren Mitglieder überwiegend durch enge soziale und emotionale Bindungen miteinander verknüpft sind“, werden als Primärgruppen bezeichnet, während „Gruppen mit schwachen Mitgliederbeziehungen dagegen komplementär als Sekundärgruppe“ gelten (Döring, 2003:490).

„In der Primärgruppe bekommt der Mensch von seiner individuellen Persönlichkeit und nicht von einer formalen Position her Bedeutung“ (Wössner, 1974:111). Das Mitglied wird geschätzt und erfährt Achtung, nicht aus einer bestimmten Rolle heraus, sondern wegen seiner Wesensart. Durch dauerhafte Mitgliedschaft in einer Primärgruppe kommt es zur Stärkung der eigenen Persönlichkeit (Wössner, 1974:111). Die Zugehörigkeit zu einer Primärgruppe spielt somit keine unwesentliche Rolle bei der Bildung des eigenen Wertesystems.

Cooley et al. (1933:55) sehen Primärgruppen durch fünf Charakteristika gekennzeichnet:

*Face-to-face Assoziation*

*Unspezialisiertheit der Assoziation*

*Relative Dauer*

*Geringe Zahl der beteiligten Personen*

*Relative Intimität der Beteiligten*

Wie schwer es jedoch ist, starre Kriterien für soziale Systeme zu erschaffen, sieht zeigt Cooleys Formulierung der geringen Zahl: „zwei bis möglicherweise fünfzig bis sechzig“ (ebenda). Eine endgültige Definition ist auch deswegen nur schwer möglich,

weil eine Gruppe nicht für alle Mitglieder eine Primärgruppe darstellen muss. Die Bedeutung der sozialen Gruppe für den Einzelnen hängt von der „eigenen Position im Gruppenprozess“ ab (Döring, 2003:491). Als Beispiel führt Döring die Therapiegruppe an, die für einige Mitglieder durchaus als Primärgruppe fungiert, da unter anderem emotionaler Rückhalt geboten wird. Andere Teilnehmer treten stark distanziert auf, sehen dadurch die Gemeinschaft als Sekundärgruppe an.

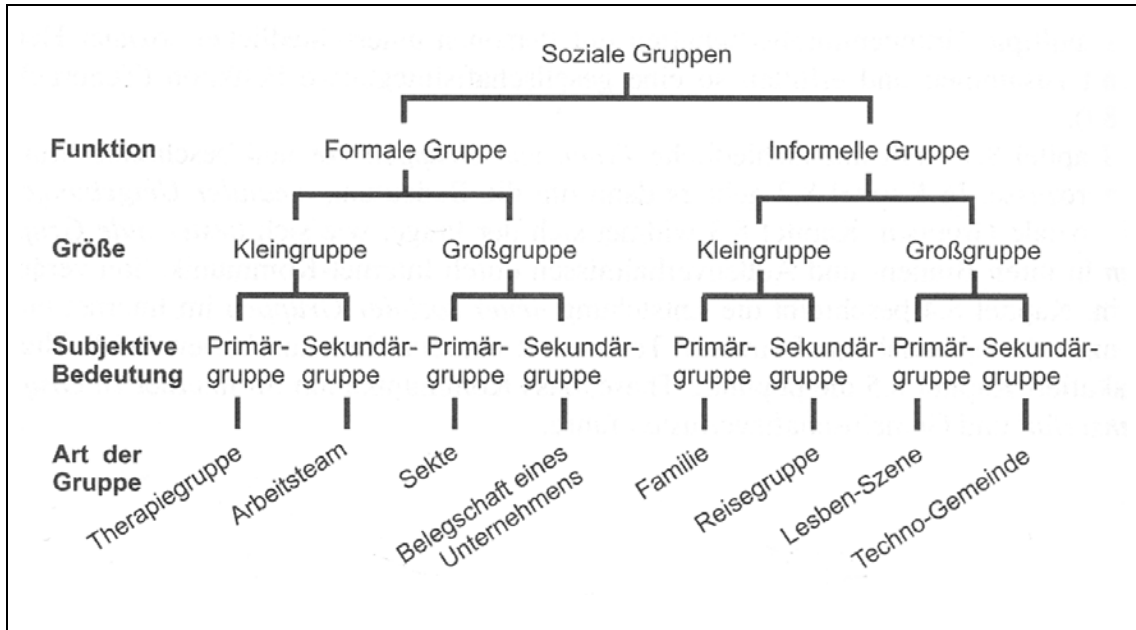


Abbildung 1: Gruppentypen nach Döring (2003:490)

Sekundärgruppen haben für die Mitglieder keine so starke Bedeutung wie Primärgruppen. Die Beeinflussung auf die Teilnehmer ist weniger stark, und die Beziehung untereinander ist meist von Sachlichkeit geprägt. Emotionen spielen eine untergeordnete Rolle. Wössner (1974:103) zählt drei Merkmale zur Abgrenzung von Sekundärgruppen von Primärgruppen auf:

- *Organisation beruhend auf Satzungen und Kompetenzordnungen*
- *Unpersönlichkeit der Mitgliederbeziehung*
- *eine relativ strenge Bezogenheit auf ein Ziel hin*

Unter Unpersönlichkeit der Mitglieder versteht Wössner (1974:116), dass sich „die Mitgliederkontakte auf das beschränken, was aufgrund der Mitgliedsrolle dem



einzelnen Mitglied zugemutet, und was von ihm erwartet wird“. Beziehungen, die unpersönlich ablaufen und sich auf die Rolle der Mitglieder beschränkt, ist zum Beispiel ein Anwalt, der mit seinem Klienten und einem Sachverständigem zusammenarbeitet. Dabei kommt es zum „Zurücktreten der Person hinter die Funktion“(ebenda).

### **2.3.2. Formelle und informelle Gruppe**

In der Sozialpsychologie wird neben Primär- und Sekundärgruppen auch zwischen formellen und informellen Gruppen unterschieden. Formelle und informelle Strukturen unterscheiden sich klar voneinander, können sich aber auch gegenseitig ergänzen.

Das formelle soziale System ist in der Regel leistungsorientiert und verfolgt sachliche Ziele. Die Entstehung erfolgt häufig innerhalb von Organisationen. Oft sind Ziele dabei von außen vorgegeben und die Gruppe besteht unabhängig von den einzelnen Mitgliedern. Die Teilnehmer werden viel mehr in ein bestehendes Funktionssystem integriert. Weiteres Kennzeichen einer formalen Gruppe ist das nicht- oder nur schwache Vorhandensein persönlicher Beziehungsebenen. Feste Regeln und Vorschriften, sowie das Vorkommen einer mehr oder weniger starren Hierarchie, sind zusätzliche Merkmale formeller Gruppierungen.

Dem gegenüber steht die informelle Gruppe, in der Sympathiebeziehungen eine wichtige Rolle spielen. Sinn und Zweck solcher sozialer Systeme ist meist die Befriedigung persönlicher und gemeinsamer sozialer Bedürfnisse. Die einzelnen Mitglieder stehen mehr im Vordergrund und die Interaktion erfolgt ungezwungener. Oft kommt es zur Bildung von informellen Gruppen aus bestehenden formellen Systemen.

Schäfers (1998<sup>1</sup>:91) führt zwei Gründe an, warum es zur Bildung informeller Gruppen kommt:

*-aus Grundbedürfnissen der Sozialnatur des Menschen (u.a. Bedürfnisse der Kommunikation und Interaktion, die nicht formalisiert sind)*

*-als Gegenstruktur zu hochgradig formalisierten Formen der Interaktion (also z.B. in formalisierten Arbeitsprozessen; in Kompetenzhierarchien wie beim Militär; in allen geschlossenen Anstalten)*

Nach Ansicht von Gukenbiehl (1998:83) ist die Existenz von informellen sozialen Organisationen eine notwendige Bedingung für die innerbetriebliche Zusammenarbeit, ohne sie kann die formelle Organisation auf Dauer nicht existieren. Häufig kristallisieren sich informelle Gruppen aus formellen Organisationen heraus. Zum Beispiel eine Gruppe von FH-Studenten, die sich abseits des Studiums regelmäßig zum Fußballspielen trifft.

Falls es eine leitende Person in einer Gruppe gibt, so hat der Führungsstil des Gruppenleiters maßgeblichen Einfluss auf die Gruppenleistung und die Zufriedenheit der Mitglieder. Grundsätzlich wird zwischen drei verschiedenen Führungsstilen in der Sozialpsychologie unterschieden.

autoritärer Führungsstil

Regeln und Entscheidungen sind unveränderbar vorgegeben, genauso wie Aufgaben und Ziele. Aufgabenverteilung und Kritik erfolgt nur durch den Gruppenleiter  
demokratischer Führungsstil

Regeln, Entscheidungen, Ziele und Motive werden vom Gruppenleiter unter Mitbestimmung aller Mitglieder entschieden.

Laissez-faire Führungsstil

Vermittlung von Wissen und Information durch den Gruppenführer, jedoch nur auf Nachfrage der Mitglieder. Die Gruppe ist in jeder Hinsicht sich selber überlassen (Sader, 1991:272).

In der Praxis konnten Lewin, Lippitt und White, zitiert in Sader (1991:271 ff) und Girgensohn-Marchand (1998:73 ff.), im Jahr 1938 anhand von Experimenten mit Schulkindern, nachweisen, dass die Gruppenleistung bei der autokratisch geführten Gruppe minimal höher als bei demokratisch geführten Gruppen ist. Gleichzeitig ist die Motivation unter den Teilnehmern äußerst gering, aggressive Tendenzen gegenüber anderen Gruppenmitgliedern und „submissives Verhalten“ machen sich

bemerkbar (Sader, 1991:272). Die Abhängigkeit zum Gruppenleiter gilt als stark ausgeprägt.

In der demokratisch geführten Gruppe entwickelten sich amikale Beziehungen zwischen den Mitgliedern, dafür ist die Gruppenleistung etwas niedriger als im autoritär geführten Team. Das Interesse an der Sache und die Arbeitsmoral sind dafür als markant hoch festzustellen.

Am dürftigsten ist die qualitative und quantitative Gruppenleistung im laissez-faire geführten Team. Es kommt auch nicht zum Entstehen von Kooperationen zwischen den Mitgliedern. Unselbstständigkeit und Desinteresse sind weitere Kennzeichen eines solchen Führungsstils.

Die Bedeutung des von Kurt Lewin, ehemaliger preußischer Offizier im Ersten Weltkrieg und jüdischer Abstammung, und zwei jungen amerikanischen Wissenschaftlern der Universität von Iowa durchgeführten Experimentes muss im politischen Kontext der damaligen Zeit betrachtet werden. Für Lewin, rechtzeitig vor der Verfolgung durch die Nationalsozialisten in die Vereinigten Staaten geflohen, war dieses Experiment einerseits eine Auseinandersetzung mit der Diktatur seines Heimatlandes, andererseits auch mit der „eigenen autoritären Erziehung“ (Sader 1991:274).

Unabhängig vom zeitlichen Kontext handelt es sich bei der Auswahl der Gruppenteilnehmer für dieses Experiment um Schulkinder. Es ist nur bedingt möglich, daraus auf das Verhalten erwachsener Menschen, verschiedenster Berufsgruppen, sozialer und kultureller Herkunft, zu schließen. Zudem gibt es unterschiedliche Vorstellungen von Leistung und somit ist es fraglich, ob derselbe Führungsstil denselben Effekt bei körperlicher Leistung als auch bei geistiger Leistung erbringt.

#### **2.4. Gruppenprozesse: Gruppenentwicklung und Gruppendynamik**

Gruppenprozesse lassen sich laut Döring (2003:494) „danach unterscheiden, ob es um Veränderungen im Zeitverlauf geht (Gruppenentwicklung) oder um die aktuellen Wechselwirkungen der Gruppenkomponenten (Gruppendynamik)“. Jedoch stellt Sader (1991:135) fest, dass es keine Gesamtheorie der Gruppenprozesse geben kann.

Dafür kommt die Gruppe als soziales System in viel zu unterschiedlichen Nuancen vor. Verschiedene Gruppenstrukturen, Ziele und Motive lassen einheitliche Aussagen nicht zu.

Zum Thema Gruppenentwicklung gibt es verschiedene Modelle, die den Werdegang beschreiben. Eines der am häufigsten zitierten Modelle, in der Sozialpsychologie, ist jenes von Tuckmann (1965). Er skizzierte ein Vier-Phasenmodell, welches später um eine fünfte Phase erweitert wurde. Dabei plädiert er zwischen den Phasen „forming“, „storming“, „norming“, „performing“ und „adjourning“ zu unterscheiden.

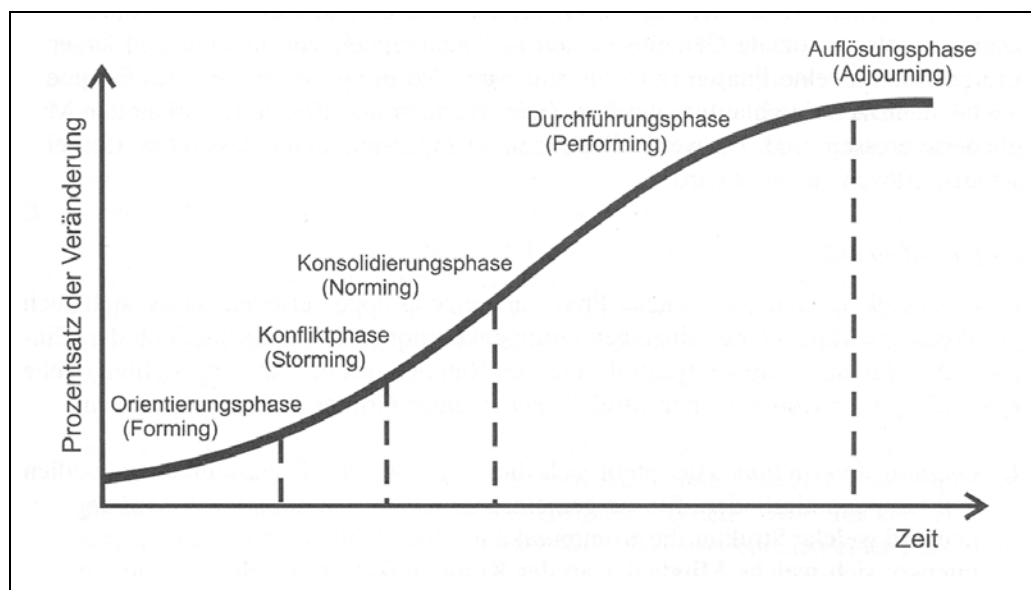


Abbildung 2: Phasenmodell der Gruppenentwicklung in Döring (2003:495)

**Forming:** Die Phase des Kennenlernens. Die einzelnen Mitglieder sind sich noch unbekannt und sie beginnen, sich untereinander abzutasten und Grenzen auszutesten. Zurückhaltend und zögernd finden erste Gruppenprozesse statt. In ihrem Verhalten sind die Gruppenmitglieder noch stark vom Gruppenleiter (falls es einen gibt) abhängig, dessen Entscheidungen akzeptiert werden. Jedoch garantiert das nicht, dass er unterstützt wird.

**Storming:** Unterschiedliche Vorstellungen über Zweck der Gruppe, Ziele, Vorgehensweisen und eigene Rollen treten auf. Die Teilnehmer probieren sich zu positionieren, Rollen einzunehmen und Rangordnungen festzulegen. Falls ein Gruppenleiter vorhanden ist, hängt es von seinem Führungsstil ab, ob und

wie intensiv Konflikte ausgetragen werden.

Norming: Die Konsensfähigkeit der Gruppe nimmt zu, genauso wie die Zufriedenheit der Mitglieder. Das Vertrauen zu anderen Personen wächst, Beziehungen werden vertieft. Es kommt zur Festlegung von gemeinsamen Zielen, Normen und Rollen.

Performing: Maximale Gruppenleistung wird erreicht. Die Mitglieder sind mit ihrer jeweiligen Rolle vertraut, Individualität wird akzeptiert und die Konzentration gilt der Aufgabenbearbeitung. Abhängig von der Qualität der Ergebnisse verändert sich der Zusammenhalt der Gruppe.

Adjourning: Es kommt zur Trennung und Auflösung der Gruppe nach Beendigung der Gruppentätigkeit. Ungenügende Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit können diesen Prozess beschleunigen.

In der Realität lassen sich diese fünf Entwicklungsstufen nicht immer klar und ersichtlich trennen. Jede Phase macht in gewisser Weise Sinn, auch wenn es auf den ersten Moment möglicherweise nicht den Anschein hat. Ohne dem, oftmals schwierigen, Entstehungsprozess von Normen kann es vorkommen, dass keine optimale Gruppenleistung erreicht wird.

Die Gruppendynamik ist abhängig von der „Wechselwirkung der einzelnen Gruppenkomponenten“ (Döring, 2003:496). Beispiele von Gruppenkomponenten wären folgende:

#### 1. Interaktion innerhalb der Gruppe

Im Mittelpunkt stehen die verwendeten Kommunikationsmedien und „wie intensiv sich welche Mitglieder an der Kommunikation beteiligen, wobei neben dem quantitativen Aspekt auch qualitative Dimensionen zu beachten sind“ (Döring, 2003:496). Mittels der von Bales (1957) beschriebenen Analyse des Interaktionsprozesses lässt sich ein Muster der Kommunikationsprozesse einer

Gruppe definieren. Die beobachteten Interaktionen zwischen zwei oder mehreren Personen werden in ein Kategoriensystem gebracht.

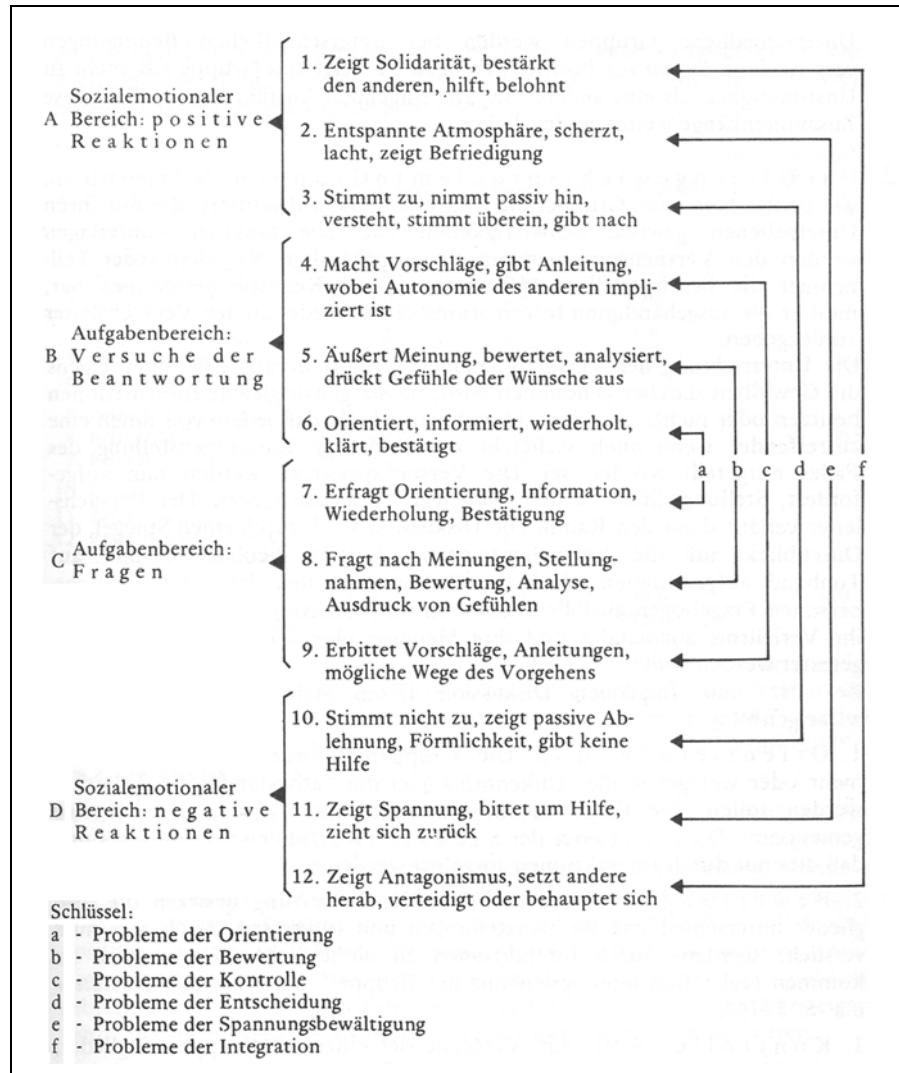


Abbildung 3: Interaktionsanalyse von Bales in Wössner (1974:153)

Mills (1969:50) vertritt die Meinung, dass nach „Interpretation der Gruppenereignisse nach diesem Schema die Gruppenprozesse eine innere Ordnung aufweisen“. Im Folgenden beschreibt Mills (1969:52) Punkte dieser Gruppenkonzeption:

Kleinere Gruppen weisen einige Merkmale von größeren, sozialen Systemen auf: Organisation verschiedener Aktivitäten, unterschiedlich starke Kommunikation der Mitglieder, Arbeitsteilung, Untergruppen, Normen und Mittel der sozialen Kontrolle.

Die Entstehung dieser Züge hat ihren Ursprung in der Lösung von Problemen, die sich aus dem spezifischen Interaktionszusammenhang ergeben.

Die Kommunikation der Gruppenmitglieder dient großteils zur Lösung von Problemen. Damit es zur Lösung von Problemen kommen kann, muss neben einer gemeinsamen Situationsdefinition durch Kommunikation auch eine Bewertung der Ideen und Meinungen der einzelnen Mitglieder stattfinden. Letztendlich einigen sich die Gruppenangehörigen, aus Mangel an Alternativen, auf eine Lösung.

Die Freiheit in der Auseinandersetzung mit dem Problem hängt von bestimmten interindividuellen Prozessen ab. Diese zeigen an, ob die bestimmte Richtung der Gruppenaktion vertretbar ist, oder nicht. Das individuelle und interindividuelle Spannungsniveau darf nicht zu hoch steigen, um eine Gefährdung des Zusammenhalts der Gruppe zu vermeiden.

Bales (1957) nimmt an, dass die instrumentellen (Punkt d der Interaktionsanalyse) und sozio-emotionalen (Punkt e) Funktionen dynamisch miteinander verbunden sind. Der Prozess der Problemlösung schwächt dabei den Gruppenzusammenhalt, daher sind reintegrierende Aktivitäten nötig. Dabei wird wiederum die Effektivität der Aufgabenlösung geschwächt und neuerliche Konzentration auf die Aufgabe ist erforderlich.

## 2. Grenzen und Strukturen der Gruppe

Jede Gruppe grenzt sich auf gewisse Weise von ihrer Umwelt ab. Die Abgrenzung erfolgt durch Ein- und Austrittsregeln sowie ein mehr oder weniger stark festgelegtes Auftreten gegenüber der Öffentlichkeit (eigenes Sprachvokabular, Tätowierung, Kleidung). Im Laufe der Zeit füllen Gruppenmitglieder bestimmte Rollen aus.

Einerseits informelle Rollenbilder (der Skeptiker, die Optimistin), andererseits aber auch formelle (Schriftführer, Webmaster). Diese Rollendifferenzierung prägt die Gruppenprozesse, da bestimmte Verhaltenserwartungen vorliegen. Je wichtiger ein Mitglied die Bedeutung seiner Rolle wahrnimmt, desto stärker sind die Auswirkungen auf seine Identität. Durch die Ausübung einer gewissen Rolle wird Status, der sich in der Hierarchie widerspiegelt, erlangt. Döring (2003:496) stellt fest, dass sich Status „gemäß der analytischen Differenzierung von Beziehungsebene und Sachebene sozio-emotional (z.B. Beliebtheit) oder auch sachlich instrumentell (z.B. Sachkenntnis) gewinnen lässt“. Auch bei der Führungsposition kann es zu einer

Differenzierung zwischen sozio-emotionaler (informeller) Führungsfunktion und sachlich instrumenteller (formeller) Führungsfunktion kommen.

Die Struktur der Gruppe wird durch Regeln und Normen beeinflusst. Mitglieder eines sozialen Systems haben sich danach zu verhalten. Auf Regelverstöße gibt es meist eine breite Palette von Maßnahmen. Untolerierbares Verhalten kann im extremsten Fall den Ausschluss aus der Gruppe nach sich ziehen. Die Mitglieder gewährleisten durch gegenseitige Kontrolle das Einhalten des Regelkatalogs.

### 3. Ein- und Austrittsbedingungen für Gruppenmitglieder

Die Zugehörigkeit zu einer Gruppe kann aus biologischen (Familie), aus formalen (Seminar) oder auch aus Gründen der persönlichen Neigung (Numismatik-Verein) erklärt werden. Laut Döring (2003:497) fühlen sich Mitglieder stärker an eine Gruppe gebunden, je höher die Zugangshürden sind. Diese können rein formalen Charakter (Mitgliedsformular) besitzen, andererseits großen persönlichen Einsatz (Mutprobe) vom Gruppenanwärter abverlangen. Selbst wenn es scheinbar keine Eintrittsbedingungen gibt, ist es meist so, dass Neulinge gewisse Erwartungen der Mitglieder zu erfüllen haben (Sachkompetenz; ausreichend Zeit zur Verfügung haben; finanzielle Beteiligung). Sowohl die Gruppe sollte den Anwärter darüber aufklären, als auch er selbst sollte sich nach möglichen Erwartungen erkundigen. Geschieht das nicht, kann es zur Entstehung von Spannungen kommen.

Obwohl der Mensch in den meisten Fällen in mehreren Gruppen parallel Mitglied ist, kann die Mitgliedschaft in einem sozialen System dazu führen, dass es dieser Person untersagt ist, einer bestimmten anderen Gruppe anzugehören. Meist trifft das auf themenverwandte Gruppen zu, die jedoch einen anderen gesellschaftlichen Standpunkt vertreten (Bibelverein und Koranschule). Die Gruppenmitglieder erwarten diese Einschränkung, obwohl es dafür häufig keine offizielle Regel gibt. Austrittsbedingungen hängen von der Gruppe und von der Rolle des Mitglieds ab. Bei manchen Gruppen ist ein Austritt eigentlich nicht (Familie) oder nur sehr schwer (Mafiaclan) möglich bzw. es gibt keine Austrittsperspektive. Der Gegensatz dazu sind Gemeinschaften, in denen es einfach genügt, wenn der Mitgliedsbeitrag nicht mehr entrichtet wird. Bei anderen Gruppierungen ist ein Austritt deswegen keine reale Option, weil die Gruppenzugehörigkeit auf eine relativ kurze Dauer von Außen beschränkt ist (Arbeitsgruppe).



Das Ansehen und die Position, innerhalb einer Gruppe, des Austrittswilligen spielt natürlich auch eine große Rolle, ob das Verlassen der Gemeinschaft relativ problemlos möglich ist. Die Austrittsbekundung eines Vereinsobmanns löst natürlich entsprechend stärkere Reaktionen aus als die eines passiven Mitglieds.

#### 4. Zusammenarbeit

Das Zusammenhörigkeitsgefühl einer Gruppe bildet sich nach Auffassung von Döring (2003:497) dadurch, dass die „Gruppe bestimmte Ziele auf kognitiver, affektiver oder konativer Ebene“ verfolgt. Als Beispiel nennt Döring Selbsthilfegruppen zur emotionalen Unterstützung oder Lerngruppen, in denen der Informationsaustausch im Vordergrund steht.

Durch die Zusammenarbeit in der Gruppe kann es einerseits zur Leistungssteigerung des Einzelnen kommen. Die Anwesenheit der anderen Mitglieder kann hohe Motivation hervorrufen, gute Ergebnisse zu erbringen. Als ein verstärkender Effekt wirkt dabei ein mögliches Vorrücken in der Gruppenhierarchie.

Andererseits ist die Gefahr gegeben, dass sich Individuen zurückziehen und die Aufgabenbewältigung den anderen Teilnehmern überlassen wird. Ausschlaggebend dafür ist z.B. die Nichtbeachtung eines Mitglieds. Auch reiner Egoismus, nach dem Motto: „Warum soll ich mir die Hände schmutzig machen, wenn andere das für mich tun können?“ wäre als Grund einer unterdurchschnittlichen Leistungsbereitschaft zu nennen.

### **3. E-Democracy**

In diesem Kapitel wird ein Überblick über Bedeutung und Aspekte von e-Democracy gegeben.

#### **3.1. Definition**

Die Schlagworte electronic democracy oder Cyberdemocracy bzw. e-Democracy, haben sich in den letzten Jahren relativ schnell verbreitet

Laut Baumberger (2002:66) werden unter dem Begriff e-Democracy „Diskussionen darüber zusammengefasst, wie sich die informations- und kommunikationstechnische Infrastruktur dazu nutzen lässt, demokratische Kommunikations- und Beteiligungsstrukturen zu intensivieren.“

Für Gisler (2001:23) „umfasst e-Democracy auch die Bemühungen, die Bürger stärker in politische Meinungsbildungs- und Selbstorganisationsprozesse mit einzubeziehen“.

#### **3.2. Internet und traditionelle Medien**

Das elektronische Wählen und Abstimmen ist nur ein Aspekt von e-Democracy, denn in demokratischen Prozessen ist die Abstimmung nur der letzte Schritt in einer Reihe von vielen. Politik ist ein Prozess, indem Deliberation, sprich die Beratung, eine wichtige Rolle spielt. In Anlehnung an Jürgen Habermas verweist Siedschlag et al. (2002:12) auf das Konzept der deliberativen Demokratie. Die Legitimität der Politik wird dabei „durch den diskursiven Charakter der Meinungs- und Willensbildung einer Gesellschaft“ gestärkt. Die Basis politischen Handelns ist die Selbstbestimmung der Bürgerschaft durch Meinungsbildungsprozesse und kollektive Entscheidungsfindung. Dafür ist eine „Öffentlichkeit notwendig, die allen Bürgerinnen und Bürgern die Beteiligung an der Meinungsbildung und so die Mitgestaltung am demokratischen Gemeinwesen ermöglicht“ und in weiterer folge „eine ständige geistige Auseinandersetzung entsehen“ lässt (Harth 1999:9). Politische Willensbildung ist ein Kommunikationsprozess. Dieser findet zwischen den Bürgern, Politikern und Regierungsvertretern mit Hilfe der Medien, die dadurch eine

Schlüsselposition besitzen, statt. Im Idealfall sollte sich die Vertretungselite des Souveräns, informiert durch die Medien, nach der Mehrheitsentscheidung des Volkes richten. Jedoch ist der Prozess der Meinungs- und Willensbildung in letzter Zeit stark durch das Vorhandensein von Politikverdrossenheit und politischer Apathie beeinträchtigt worden. Das fehlende Interesse der Bürger, v.a. der jüngeren Generation, wird kritisiert. Traditionelle politische Beteiligungsformen, wie das Engagement in einer Partei, Gewerkschaft etc., diagnostizieren einen Attraktivitätsverlust und damit verbunden einen Rückgang der Bereitschaft der Menschen zur Mitbestimmung. Die Ursache des Desinteresses des Souveräns am politischen Tagesgeschehen ist begründet im „Unbehagen, dass Entscheidungen nicht genügend überlegt und ausdiskutiert werden“ und das dem Volk selbst „jede Chance zur direkten Mitwirkung fehlt“ (Leggewie, 1997:10). Als Konsequenz fordert Leggewie (1997:9) mehr Mitsprachemöglichkeiten der Bürger an den politischen Diskussionen.

Durch das Potential, welches Cyberdemocracy uns bietet, kann es zu einer intensiveren Interaktivität zwischen dem Souverän und den politischen Entscheidungsträgern kommen.

Elektronische Demokratie ist im Grunde das „Senden und Empfangen politischer „Signale“ und Information auf neuen Kanälen“ (Siedschlag et al., 2002:12). Auf drei unterschiedlichen Kommunikationsebenen erfolgt der elektronische Dialog zur Förderung des politischen Diskurses.

- Government-to-Citizen: Die Regierung benachrichtigt den Staatsbürger über beschlossene Gesetzesentwürfe oder über zukünftige, relevante Themen.
- Citizen-to-Government: Der Bürger kann seine Bedürfnisse und Interessen gegenüber dem Staat artikulieren.
- Citizen-to-Citizen: Die Vernetzung der Bevölkerung untereinander, um gemeinsam für jeweilige Anliegen zusammenzuarbeiten, bzw. Einfluss auf die politischen Akteure zu nehmen.

Der entscheidende Unterschied zwischen Internet und bisherigen Kommunikationsformen (Fernsehen, Radio, Printmedien) ist, dass „es ein netcast- und kein bloßes broadcast-Medium ist, das heißt nicht nur einseitige, vertikale one- oder few-to-many-Kommunikation erlaubt, sondern bidirektionale Interaktion und sowohl Individual- wie Massenkommunikation (one-to-one und many-to-many)“ (Leggewie, 1997:12). Dadurch ist es flexibler, gleichzeitig billiger verfügbar und nachhaltiger. Durch das Vorhandensein von digitalen Zeitungsarchiven, Datenbanken und anderen multimedialen Archiven ist Information längerfristig oder auf Dauer abrufbar.

Ebene	Typus	Ressourcen	Ziel
Top			
	one-to-many	Bürgerinformation	Bürgersinn
		Transparenz	Bürgernahe Verwaltung
	many-to-one	Elektronische Petition	Planungsbeteiligung
		Tele-Wahlen	Elektronische Demokratie
	many-to-many	Diskussionsforen	Deliberation
		Gemeinschaftsnetze	community empowerment
Down			

Abbildung 4: Anwendungsgebiete des Internets im demokratischen Prozess (Leggewie, 1997:18)

Als „multimediale Komposit-Technologie“ bezeichnet Leggewie (1997:12) das Internet, da es die bereits vorhandenen Medien integriert, erneuert und gleichzeitig kombiniert. Gleichzeitig erfüllt die Entwicklung des Internets zu einem nichthierarchischen, dezentral organisierten Kommunikationsmedium eine wichtige Rolle zur Vermeidung von Medienkonzentration durch einige wenige Medienkonzerne (vgl. Harth, 1999:11).

*„The core of the direct democratic claim rests on the idea that communication capacity is a kind of rate-limiting factor in political engagement and influence. At present, political professionals, interest groups and other elites dominate the comparatively limited resources for effective political communication. The Net can decentralise access to communication and information, increasing citizen's political resources.“* (Aström, 2001:4)

Mittlerweile gibt es eine beachtliche Zahl von Elementen, die Ansätze von elektronischer Demokratie darstellen:

- *e-Voting bezeichnet die Möglichkeit, bei Wahlen oder Referenden die Stimme über das Internet abzugeben.*
- *e-Protest schafft Verknüpfungen für Protestaktionen, etwa über die Webpräsenz einer Bürgerinitiative.*
- *e-Activism ist ein Überbegriff für Internet-basierende Bottom-up-Initiativen, die sich meist sehr direkt an der Durchsetzung eines bestimmten politischen Ziels oder der Mitteilung politischer Interessen orientieren.*
- *e-Information dient als Einstieg in die elektronische Willensbildung, etwa über eine Bereitstellung von Informationen auf der Webpräsenz einzelner Politiker.*
- *e-Participation ermöglicht Bürgerinnen und Bürgern eine Einflussnahme auf politischen Entscheidungen über das Internet, etwa bei Bauvorhaben oder Planungsprozessen.*
- *e-Parliament bezieht den Bürger in parlamentarische Arbeit ein, etwa durch Diskussionsforen auf der Webpräsenz der Parlamente.*
- *e-Party bietet Parteimitgliedern Möglichkeiten zur Mitarbeit über das Internet.*
- *e-Campaigning stellt Informationen von Wahlkämpfern bereit.*

(Internet Lexikon, 2005)

Alle diese aufgezählten Komponenten von e-Democracy haben Auswirkungen auf unterschiedliche Ebenen des demokratischen Systems, die in der Folge kurz erläutert werden:

- **Information:** Durch das Internet als Ergänzung zu den bereits bestehenden Massenmedien kommt es zu einer Vermehrung verfügbarer Information. Außerdem ist das Netz unabhängig. Jeder einzelne kann seine Meinung kundtun, die theoretisch Millionen andere Internetbenutzer erreicht. Meinungsvielfalt ist somit gegeben und gleichzeitig gibt es keine zensierende Kontrollinstanz. Der Bürger hat die Möglichkeit politische Informationen, Gesetzestexte oder Kommissionsbeschlüsse abzurufen und eigene Ansichten bereitzustellen. Politische Akteure können ihre Ideen und Vorstellungen präsentieren und auch

kleinere Parteien haben die Chance, auf sich aufmerksam zu machen. Im Gegensatz zu anderen Medien, wie Fernsehen oder Printmedien, gibt es keine Vorselektion.

- **Diskussion:** Die Kommunikation, das gemeinsame Beratschlagen, ist ein wichtiger Aspekt der Politik in der Findung nach Lösungen. Vermehrt gibt es die Möglichkeit an Online-Chats mit Politikern teilzunehmen und Fragen zu stellen. Online-Gespräche zwischen Bürgern bieten ebenfalls Gelegenheit, sich zu politischen Themen zu äußern und eigene Standpunkte zu vertreten. Diese Tatsachen veranlassen Kleinstauber (2001:19) zur Aussage, „dass das Internet seinem technischen Potential nach ein dialogisches und horizontales Medium darstellt, in dem sich Bürger direkt verständigen, Positionen abgleichen oder auch streiten können.“ Derartige Formen der Interkommunikation können wichtige Aussichten hinsichtlich der politischen Meinungs- und Entscheidungsbildung liefern.
- **Partizipation/Aktion:** Das Internet eignet sich mit seinen dezentralen Strukturen hervorragend als Informationsträger für Bürgerinitiativen und Non-Governmental Organizations (NGOs). Die Öffentlichkeit wird mittels Netz- oder e-Mailkampagnen auf relevante Themen aufmerksam gemacht. In autoritären Staaten wird die Kommunikation über das Internet für subversive Aktionen genützt. Einerseits um die Bürger des jeweiligen Landes zu informieren, andererseits um die Aufmerksamkeit der weltweiten Allgemeinheit zu erreichen. Denn, auch für ein diktatorisches Regime ist es sehr schwierig, Kommunikation im Netz zu verhindern. Ein Beispiel wäre der Iran, „in kaum einem anderen Land ist die Jugend per Modem und Telefonleitung derart massenhaft ins Internet übersiedelt“ in Persien (Heinzel, 2005:106). Revolutionswächter veranlassen das Sperren von politischen Websites, hinken aber immer einen Schritt hinterher. Mittels technischen Know-How werden Sperren von der iranischen Internet-Community umgangen.
- **Interaktion:** Die Einführung des elektronischen Wahlrechts auf kommunaler und nationaler Ebene kann in Zukunft durchaus Realität werden. Bis es soweit ist, müssen jedoch noch technische Probleme geklärt werden, damit das „allgemeine, gleiche, unmittelbare, persönliche, freie und geheime Wahlrecht“ gewährleistet werden kann (Help.gv.at, 2005).

Eine weitere Verwendung der elektronischen Stimmabgabe würde sich für politische Institutionen, wie Ministerien oder die europäische Kommission, anbieten, um die Stimmung der Bürger zu bestimmten aktuellen Themen oder Vorhaben in ihre Überlegungen mit einzubeziehen. Zusätzlich könnten auch Volksbegehren und Volksabstimmungen per Internet stattfinden.

- Administration: „Die Errichtung digitaler Dienstschalter kann durchaus zu einer effizienten und bürgernahen Verwaltung führen“ (Wenzel, 1999). Schon heute lässt sich eine Vielzahl von Formularen downloaden, gewisse Amtswege, wie die Abgabe der Steuererklärung, elektronisch erledigen und auch die Kommunikation erfolgt teilweise per e-Mail. Eine behördliche Anlaufstelle wie [help.gv.at](http://help.gv.at)<sup>5</sup> mit allen verfügbaren elektronischen Dienstleistungen weist den Bürger durch die Behörden und Ämter und spart ihm dadurch Zeit (*One-Stop-Government*). Gleichzeitig wird der Staatsbürger immer mehr zum Kunden des Staats und in weiterer Folge zum Co-Beamten, wodurch Arbeitsabläufe rationalisiert werden. „Die Digitalisierung von Verwaltungsabläufen erleichtert auch den Datenaustausch zwischen Behörden (*Government-to-Government*) oder auch die Kommunikation mit der Außenwelt, etwa bei Ausschreibungen (*Government-to-Business*)“ (Kleinsteuber, 2001:21). Jedoch muss gewährleistet sein, dass es zu keinem unberechtigten Zugriff auf sensible Daten kommt. Gerade bei der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Behörden müssen „Fragen der Authentizität, der Verbindlichkeit, Verfügbarkeit, Integrität und Vertraulichkeit der Information in den Prozessen von der Erhebung über die Verarbeitung und Übertragung bis zur Löschung der Daten“ gelöst und klare Richtlinien erarbeitet werden (Troost, 1998:76).

---

<sup>5</sup> <http://www.help.gv.at/Content.Node/32/Seite.320200.html>

	Blickwinkel der Bürger	Blickwinkel der Politik
<b>Information</b>	Abruf politischer Nachrichten Beispiel: politik-digital.de	Angebot politischer Akteure Beispiel: bundestag.de
<b>Diskussion</b>	Gespräche über Politik Beispiel: politisches Diskussionsforum bei Telepolis	Gespräche mit der Politik Beispiel: Online-Chats mit Politikern über Parteiportale
<b>Partizipation/Aktion</b>	Kampagnen im Netz Beispiel: Genfood-Kampagne von Greenpeace	Debatte über Gesetzgebungsvorhaben Beispiel: Novellierung der Datenschutzgesetzgebung
<b>Interaktion (Wahlen)</b>	Meinungsumfragen Beispiel: Umfragen der Europäischen Kommission	Wahlen im Netz Beispiel: Studierendenparlament in Osnabrück
<b>Administration</b>	Digitalisierte Verwaltung Beispiel: <i>One-Stop-Government</i>	Digitalisierung von Verwaltungsabläufen Beispiel: <i>Government-to-Government</i>

Abbildung 5: Internet im politischen Prozess (Kleinsteuber, 2001:18)

### 3.3. Partizipatorische Demokratie

Ein Punkt in der Debatte um digitale Demokratie ist die Chance der elektronisch partizipatorischen Demokratie, deren Potential zu einer Stärkung der politischen Bürgerbewegung, die sich in den 70iger Jahren des vergangenen Jahrhunderts etabliert hat, führen kann.

Unter dem Begriff Partizipation „sind die freiwilligen Handlungen zu verstehen, die Bürger unternehmen, um gezielt politische Sach- und Personalentscheidungen zu beeinflussen oder unmittelbar an solchen Entscheidungen mitzuwirken“ (Siedschlag et al., 2002:10). Direkte Einflussnahme durch das Volk auf die politischen Akteure beim Prozess der Entscheidungsfindung ist durch das Verwenden des Internets möglich.

Besondere Aufmerksamkeit erhält das Internet, weil es als dezentrales Kommunikationsmedium neuen Raum für den politischen Diskurs offeriert. Als Folge daraus wird dem Bürger politische Einflussnahme möglich gemacht. Politisches Lobbying bleibt nicht nur mehr eine Frage der finanziellen Mittel und Kontakte, sondern bietet auch Normalbürgern eine Chance, aktiv politische Entscheidungen mitzugestalten. Wichtige Punkte wie Kommunikation, Koordination und Öffentlichkeitsarbeit sind mit Hilfe des Internets problemloser zu verwirklichen



und verursachen relativ geringe finanzielle Kosten. Personen mit ähnlichen oder gleichen Anliegen können sich auf elektronischem Weg finden und interaktiv kommunizieren. Aus der Kommunikation kommt es zur Bildung sozialer Gemeinschaften, Interessensgruppierungen oder Bürgerinitiativen und somit zum Ausbruch aus der passiven Rezipientenrolle. Die Interaktion einer Interessensgruppierung wird zu einer „Teil- oder Gegenöffentlichkeit, diese Gegenöffentlichkeit wird Teil der öffentlichen Meinung und nimmt Einfluss auf die Politikherstellung“ (Mambrey, 1998:63).

Siedschlag et al. (202:86) vertritt die Ansicht, dass zwei Faktoren für die Bildung von internetgetriebenen Initiativen ausschlaggebend sind:

- *die technische Voraussetzung des Internets als zunehmend von weiten Kreisen der Bevölkerung genutztes Medium*
- *die Krise des Konzepts eines „starken“ nationalen Staats und der Entstehung von zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation*

Gerade aus dem Gefühl, dass sich der Staatsbürger durch den Staat nicht mehr vertreten fühlt und staatliche Funktionen beschränkt werden, entsteht der Wunsch der Bevölkerung nach mehr Mitbestimmung. Das Internet als Medium für politische Aktivitäten hat durchaus Potential, gegen den Trend der Politikverdrossenheit zu wirken, da es neue Möglichkeiten der politischen Beteiligung bereitstellt.

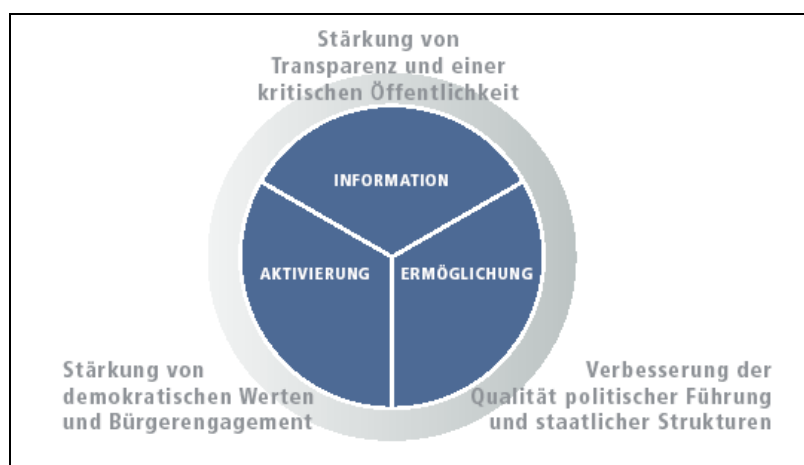


Abbildung 6: Auswirkung von e-Democracy auf das politische System (Hart & Stüdemann, 2004:9)

Das Internet, als Instrument zur politischen Beteiligung, ist inzwischen Realität geworden. Vorläufig gibt es, v.a. auf regionaler und kommunaler Ebene, positive Beispiele und Möglichkeiten der bürgerschaftlichen Selbstorganisation hin zu digitalen Bürgernetzen oder Community Networks.

Die internetbasierte Plattform Publikom<sup>6</sup> der Stadt Münster ist ein gelungener Ansatz, wie e-Government mit elektronisch partizipatorischer Demokratie kombiniert werden kann. Das Internetangebot beschränkt sich nicht nur auf das Anbieten von Information, sondern offeriert gleichzeitig eine Plattform zur interaktiven Kommunikation aller gesellschaftlichen Gruppen, wie Vereinen, Initiativen, Institutionen, etc. in Münster.

Das Webportal ist in drei Informationsbereiche gegliedert (Pflüger, 2004:45):

- ein e-Government-Bürgerservice der Stadtverwaltung
- ein Bürgernetz mit über 800 Vereinen und Institutionen
- einen Wirtschaftsbereich

Die Plattform wird nicht nur von der Stadt betreut, sondern auch vom Verein Bürgernetz-büne e.V.<sup>7</sup> und einer Betreibergesellschaft. Ziel des Vereins ist es, „dass Internet möglichst allen Bürgern der Stadt zugänglich zu machen und als Diskussionsforum für politische Prozesse einzusetzen“ (Pflüger, 2004:46).

Gemeinsam mit der Stadtverwaltung bietet der Verein jedem Bürger eine kostenlose e-Mail Adresse und 2 MB Speicherplatz für eine private Homepage an. Zusätzlich steht technische Unterstützung seitens Bürgernetz-büne e.V. zur Verfügung.

Schulungsangebote zur Erhöhung der Medienkompetenz können genutzt werden, wobei einerseits auf Internet-Neulinge, andererseits auch auf fortgeschrittene User eingegangen wird.

Zahlreiche Vereine, Bürgergruppen, Initiativen, Parteien, etc. haben die Möglichkeiten des Bürgernetzes schon genutzt, um kostenlos virtuell vertreten zu sein.

---

<sup>6</sup> <http://publikom.muenster.de/>

<sup>7</sup> [www.buene.org/](http://www.buene.org/)

Das Informationsangebot wird mit diversen Diskussions- und Expertenforen gezielt miteinander vernetzt. Dadurch ist ein neuer öffentlicher Raum für politische Diskussionen gestaltet worden. Die Diskussionsergebnisse werden an die beteiligten städtischen Ämter und Entscheidungsträger weitergeleitet.

Mittels der Plattform publikom ist es gelungen, die Kommunikation zwischen den Bürgern, aber v.a. zwischen der Stadt und den Bewohnern nachhaltig zu intensivieren.

Das Beispiel der Stadt Münster steht nicht alleine da. Versuche der elektronischen Bürgerbeteiligung an politischen Aufgaben gibt es unter anderem mit der Mitsprache bei der Planung des Haushaltes der Stadt Esslingen, oder der Planungsinformations- und Beteiligungsserver des Stadtplanungsamts Gütersloh (siehe Pflüger, 2004).

Zusätzlich zur digitalen Zusammenarbeit zwischen Bürger und Kommune hat sich auch eine Protestkultur etabliert, die online agiert bzw. interaktive Medien zu einem integralen Bestandteil ihres Protestes nützen. Der Hochschulstreik gegen die Finanzmisere an deutschen Universitäten 1997 ist eine frühe Vorform von Online-Protest im deutschsprachigen Raum (siehe Hochschulstreik im Internet, 1998). Neben traditionellen Demonstrationen auf der Straße spielten virtuelle Streikmaßnahmen eine wichtige Rolle. Digitale Aktivitäten, wie umfangreiche Web-Präsentationen, die das aktuelle Streikgeschehen dokumentierten, erfreuten sich hoher Zugriffszahlen innerhalb kürzester Zeit. Weiters dienten sie dazu, um auf lokale und regionale Aktionen und Veranstaltungshinweise aufmerksam zu machen. Über Mailinglisten schlossen sich Universitäten den Streikenden an, und diverse Forderungen wurden präsentiert. Der bundesweite Austausch der Hochschulen erfolgte über einen Channel im Internet Relay Chat.

Ein Großteil der studentischen Aktivitäten wurde somit über das Internet koordiniert. Die betroffenen Studenten konnten sich online nicht nur über Aktivitäten informieren, sondern wurden gleichzeitig durch die Auflistung von e-Mail-Adressen zuständiger Landes- und Bundespolitiker und vorgefertigter Kettenbriefe dazu animiert, aktiv mitzumachen.

Von besonderer Wichtigkeit der Betreiber war die Vernetzung der regionalen Protestseiten untereinander, um einen Überblick über das Ausmaß und die Reichweite der bundesweiten Proteste zu erfahren.

„Mit fortschreitender Protestdauer war schließlich eine Verlagerung der Online-Aktivitäten zu beobachten- nicht mehr die spektakulären WWW-Angebote und E-Mail-Aktionen standen im Vordergrund, sondern die digitale Kommunikation übernahm einen entscheidenden Part zur Aufrechterhaltung und weiteren Koordination des Protests“ (Bieber, 2001:133).

Zunehmend überfordern Diskussionen zu Themen wie Arbeitsrecht, Friedenserhaltung, Sozialstandards und Umweltschutz den klassischen Nationalstaat, der darauf nur bedingt Lösungen anbieten kann; solche Themenfelder erfordern immer mehr Beschlüsse auf internationaler Ebene. Das Internet, als Werkzeug zur Kommunikation, bietet sich an, um die Forderungen der Bürger europa- oder weltweit zu artikulieren. Paradoxe Weise bedienen sich verstärkt Globalisierungsgegner dem weltumspannenden Kommunikationsmedium Internet, um ihre Anliegen und Proteste zu globalisieren. „Dieses latente Globalisierungspotential äußert sich am deutlichsten in der Entstehung eines globalen Protest-Netzwerks, das im Internet eine hauptsächliche Identitätsquelle und Organisationsmöglichkeit gefunden zu haben scheint“ (Bieber, 2001:139). Bieber (ebenda) verweist auf die Portalseite Protest.Net<sup>8</sup>, die umfangreich über diverse Aktivitäten und Veranstaltungen weltweit informiert und zusätzlich spezifische Protest-Seiten auflistet. Der ausgedehnte Terminkalender informiert über Events, die nach Themen und Regionen geordnet sind.

*“Protest.Net is a collective of activists who are working together to create our own media. By publishing a public record of our political activities on the web we are taking a stand against the established media.”*

(Protest.Net, 2005)

Protest.net leistete einen wichtigen Beitrag zur Koordination der Demonstrationen anlässlich des von der World Trade Organization (WTO) veranstalteten

---

<sup>8</sup> <http://protest.net>

Gipfeltreffens in Seattle 1999. Auf weiteren Web-Plattformen hatte sich zusätzlich eine alternative Öffentlichkeit gebildet, als Gegensatz zur Berichterstattung der bestehenden Mainstream-Medien über das Gipfeltreffen.

Thilo Harth (1999:17) verweist darauf, dass der Einsatz der Zapatistischen Befreiungsarmee in Mexiko für mehr demokratische Rechte der indigenen, ländlichen Bevölkerung durch eine große Zahl von Sympathisanten im Internet eine beachtliche Netzöffentlichkeit angesprochen und darüber hinaus Resonanz in den traditionellen Medien gefunden hat.

Unabhängig von staatlichen mexikanischen Zensurierungen konnten Betroffene mit Hilfe eines Netzzugangs über die tatsächlichen schlechten Lebensbedingungen von Teilen der mexikanischen Bevölkerung berichten.

Hinter ersten Verhandlungserfolgen der Zapatisten vermutet Harth (ebenda), dass die weltweite Aufmerksamkeit gegenüber der Situation der Landbevölkerung in Mexiko eine nicht unbedeutende Rolle gespielt hat.

### **3.4. Digitale Spaltung und Medienkompetenz**

Um das Demokratiepotehtial des Mediums Internet voll auszuschöpfen, bedarf es einer Reduzierung der Zugangsbarrieren. Faktum ist, dass nur ein Teil der Bevölkerung über die technischen Möglichkeiten zur Online-Kommunikation besitzt. Daraus resultiert eine ungleiche Verteilung verschiedener Gesellschaftsschichten in Bezug auf die Internetnutzung. Bedenklich für eine demokratische Gesellschaft ist es, wenn soziale Randgruppen und ethnische Minderheiten, wie Behinderte oder Migranten, über keine Möglichkeiten zum Zugang zu Wissen, Information und Gebrauch über neue Medien verfügen. „Demokratie ist auf die potentiell gleichberechtigte Mitwirkung des ganzen Volkes angewiesen. Folglich muss im Mittelpunkt einer demokratischen Informationsgesellschaft die soziale Nutzung der vernetzten Medien durch alle Bürger stehen“ (Harth, 1999:20).

Das Hauptproblem für die gleichberechtigte Beteiligung aller Bürger am Internet sind derzeit immer noch die Anschaffungskosten eines Computers und zusätzliche relativ hohe laufende Kosten für Wartung und Providergebühren. Die Politik ist gefordert in diesen dynamischen Prozess regulierend einzugreifen. Politische

Initiativen, „wie die Schaffung von Bildungspartnerschaften aus Bund, Ländern, Gemeinden und Wirtschaft“ könnten Lösungsansätze für das Problem der gerechten Verteilung von Internetzugängen bieten (Harth, 1999:21).

Eine digitale Integration umfasst nicht nur ökonomische Maßnahmen, sondern auch „Maßnahmen und Aktivitäten zum Aufbau von Medienkompetenz in der Gesellschaft“ (Hinkelbein, 2004:3).

Unter Medienkompetenz ist die Kenntnis von Angeboten, wie Internet und Mail Account, die Fähigkeit der Anwendung von Medien, das Wissen zum Aufspüren von Informationen, aber auch die Kritikfähigkeit, um ein Medium kritisch betrachten zu können, zu verstehen. Gegen ungleiche Medienkompetenz oder „secondary digital divide“ (Julien, 2005), Bedarf es einer Bildungsoffensive. Die Vermittlung von Medienkompetenz sollte nicht nur in den Schulen gefördert werden, sondern auch in Einrichtungen zur Weiterbildung von Erwachsenen, damit ein qualifizierter Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnologie gewährleistet ist.

Rücksicht muss aber auch auf die Internetverweigerer genommen werden. Darunter ist zu verstehen, „dass bestimmte Leistungen und Transaktionen auch offline verfügbar bleiben, wie auch dafür, dass denen, die privat offline bleiben wollen oder müssen, leicht verständliche und leicht zu bedienende Online-Angebote für Behördengänge oder ähnliche Dinge an öffentlichen Orten in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen“ (Siedschlag et al., 2002:98).

## 4. Der Verein für Internet-Benutzer Österreichs

Im vorliegenden Kapitel wird der Verein für Internet-Benutzer anhand seiner Ziele und Anliegen, Tätigkeiten und Aktionen vorgestellt.

### 4.1. Der Verein

„Der Verein für Internet-Benutzer Österreichs“ (VIBE!AT<sup>9</sup>) repräsentiert eine elektronische Bürgerinitiative, die sich für digitale Bürgerrechte einsetzt. VIBE!AT beschränkt sich nicht auf eine passive Rezipientenrolle, sondern agiert als Interessensvertretung der Internetbenutzer. Die Kommunikation, Koordination und Öffentlichkeitsarbeit des Vereins findet weitgehend virtuell statt.

Der Verein „wurde Anfang 1999 infolge von Diskussionen im Usenet<sup>10</sup> gegründet, um die Interessen der Benutzer gegenüber Behörden, Internet-Service-Providern (ISPs) und anderen Organisationen zu vertreten“ (VIBE!AT, 2005).

### 4.2. Ziele und Anliegen

Das Anliegen von VIBE!AT ist, die Internet-Benutzer in Österreich „zu einem mündigen, verantwortungsvollen und selbst bestimmenden Umgang mit dem Medium Internet zu ermuntern“ (VIBE!AT, 2005). Zugleich setzt sich der Verein für den Schutz der Privatsphäre und die Bildung eines „Wachzustandes“ ein. Jeder Versuch Freiheiten einzuschränken soll unterbunden werden. Das Credo der Mitglieder lautet, dass aktiv Maßnahmen und Handlungen gegen negative Entwicklungen gesetzt werden. Die Bewusstseinsbildung durch ein umfassendes Informationsangebot auf der Homepage und das Angebot am Gedankenaustausch zur politischen Meinungsbildung und Selbstorganisation mitzuwirken werden als eine Kernaktion des Vereins angesehen.

Der Verein VIBE!AT setzt sich ein

---

<sup>9</sup><http://www.vibe.at>

<sup>10</sup> „urspr. Unix **U**ser **N**etwork, ist ein weltweites elektronisches Netzwerk unter anderem aus Diskussionsforen, das aus Newsgroups besteht und an dem jeder, der - beispielsweise über das Internet - Zugang zu einem Newsserver, teilnehmen kann“ (Netlexikon, 2005).

- *für eine Zusammenarbeit von Behörden, Interessensvertretungen, Wirtschaft und Privatpersonen mit dem Ziel, die intensive und freie Nutzung des Internet zu fördern*
- *für die Förderung der Verbreitung und des Einsatzes von Verschlüsselung und elektronischen Unterschriften (Signaturen) zum Schutz und zur Sicherheit des privaten und geschäftlichen Nachrichtenaustausches ohne Zwang zur Schlüssel hinterlegung bei staatlichen Stellen oder Dritten und ohne Einschränkung der Eigenschaften von Verschlüsselungssystemen*
- *für gesetzliche Regelungen gegen den Netzmissbrauch (z.B. Belästigung durch unverlangte Werbezusendungen - SPAM)*
- *für den Schutz der Privatsphäre - E-Mail und jede andere nicht öffentliche Kommunikation im Internet soll als vertraulich gelten und den gleichen Schutz genießen, wie schon jetzt Briefe und Telefonate*
- *für freien Meinungs austausch und freie Meinungsäußerung im Internet sowie Schutz dieser Freiheit zumindest im Ausmaß von konventionellen Medien (wie Zeitung, Rundfunk)*
- *für gesetzliche Regelungen, welche lediglich einem unabhängigen Gericht Eingriffe in den Schutz der freien Meinungsäußerung und der Privatsphäre erlauben*
- *für die nachdrückliche Forderung, dass die freie elektronische Meinungsäußerung nicht durch indirekte Maßnahmen wie staatliche oder private Regulative von Hard- und Software, der Telekommunikations-Infrastruktur oder anderer wesentlicher Komponenten des Internet eingeschränkt werden darf*
- *für gesetzliche Regelungen, welche bei der Verantwortung für Inhalte deutlich zwischen inhaltlich Verantwortlichen ("content providers") und bloßen Netzbetreibern ("service providers") unterscheiden*
- *für die Anerkennung des Internet als Medium und eigene gesetzliche Regelungen, wo die bestehenden Gesetze nicht ausreichen, um die Besonderheiten des Internet zu berücksichtigen*

(VIBE!AT, 2005)

### 4.3. Tätigkeiten

Die Kooperation mit anderen Organisationen und Vereinen ist für VIBE!AT ein zentrales Anliegen, einerseits um mehr Aufmerksamkeit zu erhalten, andererseits um Projekte oder Aktionen zu verwirklichen. In Österreich gibt es unter anderem



Kontakte zu Quintessenz<sup>11</sup>, der Linux Group Austria<sup>12</sup> und Public Netbase<sup>13</sup>. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist längst Realität, da viele Probleme und offene Fragen des Internet betreffend die Zuständigkeit nationaler Gesetzgebung überschreiten und somit nur auf internationaler Ebene gelöst werden können. VIBELAT ist Gründungsmitglied der European Digital Rights (EDRI)<sup>14</sup> und Mitglied des weltweiten Dachverbands Global Internet Liberty Campaign (GILC)<sup>15</sup>.

VIBELAT ist ein Tagungsteilnehmer des österreichischen Internetbeirats, welcher sich als Forum zur Kooperation zwischen Bundesministerien, den Vertretern der Wirtschaft, der Nutzer und der Provider versteht. Der Verein ist auch im Domainbeirat<sup>16</sup>, dieser beschäftigt sich mit „grundlegenden Fragen der Vergabepolitik von Domainnamen“, ständig vertreten (Domainbeirat, 2003).

Der Verein für Internet-Benutzer Österreichs fungiert als Trägerorganisation für die Verwaltung der Domain für private Internetnutzer<sup>17</sup>, diese bietet Privatpersonen die Möglichkeit kostenlos durch einen Domain-Namen im virtuellen Netz vertreten zu sein und das Internet somit als Netcast-Medium zu verwenden.

#### 4.4. Aktionen

Eine Aktion, die medial für Aufmerksamkeit sorgte, war die Analyse auf Benutzerfreundlichkeit der Homepages öffentlicher Institutionen in Österreich für blinde und sehbehinderte Menschen, sowie ob auf sicherheitsbewusste Browsereinstellungen Rücksicht genommen wird.

Laut dem Bundesverfassungsgesetz bekennt sich die Republik dazu, „die Gleichbehandlung von behinderten und nichtbehinderten Menschen in allen Bereichen des alltäglichen Lebens zu gewährleisten“ (Bundes-Verfassungsgesetz, 2002). Zur Garantie, dass behinderte Menschen nicht von der Benutzung des World Wide Web ausgeschlossen sind, gibt es Richtlinien für öffentliche Websites der Web

---

<sup>11</sup> <http://www.quintessenz.at/>

<sup>12</sup> <http://www.luga.at/>

<sup>13</sup> <http://www.t0.or.at/t0>

<sup>14</sup> <http://www.edri.org/>

<sup>15</sup> <http://www.gilc.org/>

<sup>16</sup> <http://www.domainbeirat.at/index.html>

<sup>17</sup> <http://www.nic.priv.at/>

Accessibility Initiative (WAI)<sup>18</sup> des World Wide Web Consortium (W3C)<sup>19</sup>.

Unter anderem ist die Unterstützung von textbasierten Browsern (wie bspw. Braille-Lesegeräte) ein Bestandteil der Richtlinien. Auf die Standards des W3C wurden daraufhin mehrere Homepages von Ministerien und anderen öffentlichen Seiten getestet. Das Ergebnis war ernüchternd, da doch einige Mängel festgestellt wurden. Der Benutzbarkeitstest für Sehbehinderte und Blinde hat ein beachtliches mediales Echo hervorgerufen und auch für die eine oder andere Initiative zur Verbesserung der kritisierten Mängel in den Ministerien gesorgt.

Im Zuge der Nationalratswahl 2002 wurden den Spitzenkandidaten der sieben kandidierenden Parteien neun Fragen zum Themenbereich Informationsgesellschaft per e-Mail gestellt. Ziel dieser Aktion war es die Ansichten der verschiedenen Parteien bezüglich heikler Themen, wie elektronische Bürgerkarte, Datenschutz, Biometrie, den Wählern darzulegen und somit für eine Entscheidungshilfe für die kommende Wahl zu sorgen. Für die Beantwortung der Fragen wurden den Spitzenkandidaten ein Monat eingeräumt. Bis auf ÖVP und FPÖ lieferten alle Parteien ihre Ansichten ab und die Antworten wurden auf der Webseite von VIBE!AT veröffentlicht.

Die so genannten Big Brother Awards<sup>20</sup> werden jährlich in vielen Ländern ironischerweise Firmen oder Institutionen für Verletzung der Privatsphäre vergeben. In Österreich fungiert VIBE!AT in Kooperation mit anderen Vereinen, wie Quintessenz, als Veranstalter.

Dieses Event ist für VIBE!AT mit dem größten Aufwand verbunden, in finanzieller und organisatorischer Hinsicht. Im Gegenzug verspricht die jährliche Verleihung der Big Brother Awards eine große mediale Resonanz.

Firmen und Staaten versuchen in Besitz von alle verfügbaren Daten zu gelangen, ohne Rücksicht auf die Integrität und Befindlichkeit der Personen. Die Big Brother Awards dienen dazu „negative und unerwünschte Trends frühzeitig aufzuzeigen und damit einen wichtigen Beitrag zur Kurskorrektur zu liefern“ (Big Brother Awards, 2005). In sechs Bereichen (Business und Finanzen, Politik, Behörden und

---

<sup>18</sup> <http://www.w3.org/WAI/>

<sup>19</sup> <http://www.w3.org/>

<sup>20</sup> <http://www.bigbrotherawards.at/>

Verwaltung, Kommunikation, Lifetime Achievement, Peoples Choice) werden Preise vergeben. Jede Person kann Vorschläge<sup>21</sup> bezüglich der einzelnen Kategorien der Jury unterbreiten, die Preise werden schließlich im Rahmen einer Veranstaltung vergeben.

## **5. Erkenntnisse aus den Interviews**

In diesem Kapitel wird die Forschungsmethode und die Methode der Datenauswertung präsentiert, sowie die Erkenntnisse aus den Interviews wiedergegeben.

### **5.1. Forschungsmethode**

Um die Gruppenstrukturen und –prozesse des Vereins für Internet-Benutzer Österreichs beschreiben zu können, wurden qualitative, leitfadengestützte Interviews mit sieben Vereinsmitgliedern zwischen Februar und April 2005 durchgeführt. Bei der Auswahl wurde darauf geachtet, dass sich sowohl Gründungsmitglieder (2), Funktionäre (1), als auch gewöhnliche Mitglieder (4) unter den interviewten Personen befinden. Die befragten Mitglieder werden im folgenden Kapitel unter dem Kürzel ID1-ID7 vorkommen.

Die Interviews, die zwischen 30 und 50 Minuten in Anspruch nahmen, wurden persönlich in Wien durchgeführt, auf MiniDisc aufgezeichnet und anschließend transkribiert.

### **5.2. Methode der Datenauswertung**

Die Auswertung der gewonnenen Erkenntnisse wurde anhand der von Atteslander (2000:207 ff.) beschriebenen qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring durchgeführt. Aussagen zu bestimmten Themen und Aspekten, wie Kommunikation im Verein, Öffentlichkeitsarbeit, Lobbying, etc. wurden aus den Protokollen herausgefiltert, auf das Wesentliche reduziert und nachfolgend zusammengefasst.

### **5.3. Strukturen und Merkmale des Vereins**

---

<sup>21</sup> <http://www.bigbrotherawards.at/2004/nominees/index.php>

VIBE!AT ist als eingeschriebener Verein eine formelle Gruppe, die aus einem informellen sozialen System, einer Gruppierung von Netizens, die sich im Usenet kennen gelernt haben, hervorgegangen. Aus losen Online-Bekanntschäften hat sich eine Gruppe und später ein Verein mit Statuten herauskristallisiert, der sachliche Ziele verfolgt und demnach die Strukturen eines formellen, sozialen Systems angenommen hat. Gleichzeitig weist VIBE!AT auch informelle Züge auf, vier der befragten Personen pflegen private, freundschaftliche Beziehungen zu anderen Mitgliedern des Vereins. Zusätzlich finden sporadisch social events statt, die informeller Natur sind und das gesellige Beisammensein in den Vordergrund rücken. Für die restlichen drei interviewten Personen hat die Mitgliedschaft im Verein rein formellen Charakter. Persönliche Beziehungsebenen zu anderen Netizens sind nicht vorhanden. Sie beschreiben die Beziehungen zu anderen als sachlich und pragmatisch. Der Nutzwert aus der Mitgliedschaft steht somit im Vordergrund. Gerade bei einem virtuell geführten Verein spielt Attraktivität und Sympathie, eine Ursache die zur Gruppenbildung führt, eine wesentlich geringere Rolle, als z.B. der Nutzwert, der aus der Mitgliedschaft gezogen werden kann. Viele Mitglieder haben den Verein im Internet kennen gelernt und sich danach entschlossen mitzumachen, unabhängig von den Personen, die Mitglieder dieser Gruppe sind. Außerdem kennen viele Netizens andere Mitglieder nur über Mailverkehr, der laut aller befragten Personen sehr sachlich abläuft. Aus der Sachlichkeit, mit der Diskussionen geführt werden, und aus der Tatsache, dass die Mitgliederbeziehungen, neben freundschaftlichen Verhältnissen zwischen manchen Mitgliedern, als schwach charakterisiert werden können, lässt sich VIBE!AT als Sekundärgruppe klassifizieren.

Neben der Besetzung von offiziellen, formellen Funktionen, die für jeden eingeschriebenen Verein vorgeschrieben sind, wie Obmann, Kassier etc., gibt es bei VIBE!AT praktisch keine Hierarchie oder ein Leitungsgremium, welches Entscheidungen fällt. Es wäre auch bei erwachsenen Menschen äußerst kontraproduktiv, die im beruflichen Alltag stehen, eine Art Gruppenleiter zu bestimmen, der womöglich versucht, mit autoritären Methoden diesen Verein zu führen. Die Erklärung von ID1 ist, dass die Mitarbeit für den Verein in der Freizeit erfolge, neben dem beruflichen Alltag ein zweiter Chef nicht erwünscht sei. Den Führungsstil beschreibt ID3 im positiven Sinn als anarchisches Zusammenspiel, weil

es keine Aufgabenzuweisungen, sondern Aufgabenanfragen gibt. Wenn jemand zu einem Thema oder Anliegen eine Aktion planen will und Mitstreiter sucht, liegt es an ihm, andere Mitglieder dafür zu gewinnen. Die Idee wird auf der Mailingliste präsentiert, diskutiert und schließlich finden sich Leute. Demnach kann diese Arbeitsweise mit dem Führungsstil einer laissez-faire geführten Gruppe verglichen werden, da niemand explizit aufgefordert wird, aktiv zu sein. Ob darunter die Gruppenleistung leidet, ist schwer festzustellen, weil Leistung in Form von handfesten Ergebnissen nicht vorliegt. Mit dem bisher Erreichten, in Form von Aufklärungsarbeit und Lobbying, sind jedoch alle befragten Mitglieder mehr oder weniger zufrieden.

Die Mitgliederzahl beträgt ca. 70 Personen; aus sozialpsychologischer Sicht wird eine Gruppe in dieser Größenordnung als Großgruppe bezeichnet. Die Fluktuation hält sich in Grenzen, Ein- und Austritte sind pro Jahr im einstelligen Bereich und gleichen sich aus.

Die meisten Befragten sind mit der Anzahl an Mitgliedern zufrieden, obwohl der Wunsch nach mehr Mitgliedern vorhanden ist. Aktiv für neue Gesichter wird jedenfalls nicht geworben, da die finanziellen und menschlichen Ressourcen begrenzt sind. Eine Entwicklung hin zu einer Interessensvertretung mit tausend und mehr Mitgliedern ist, laut ID7, ohnehin nicht erwünscht. Es gab eine Grundsatzdebatte bei einer Generalversammlung, ob sich VIBE!AT in Richtung Massenverein entwickeln soll. Dabei haben sich die Mitglieder klar dagegen ausgesprochen. Es wird der Standpunkt vertreten, dass sich der Verein durch niveauvolle Statements und hohe Sachkompetenz der Mitglieder auszeichnet, dies wird auch über den Verein hinaus anerkannt. Durch eine vielfach größere Gruppe wäre es schwerer, weiterhin hohe Qualität zu gewährleisten. Bei mehr Personen würde zudem die Anteilnahme jedes Einzelnen sinken und die Zeit für organisatorische Arbeiten steigen. Indem auf Kompetenz Wert gelegt wird, ergibt sich zugleich die Erwartung oder indirekte Eintrittsbedingung gegenüber neuen Mitgliedern, dass sie ebenfalls über einen gewissen Sachverstand verfügen sollten.

Der weibliche Anteil an Mitgliedern beträgt ungefähr fünf Prozent. Überraschend ist dieser niedrige Prozentsatz nicht, wenn die Genese des Vereins betrachtet wird. Die

meisten Gründungsmitglieder entstammen bzw. kennen sich untereinander aus dem Usenet-Bereich, dieser ist traditionell stark männlich geprägt. Der Großteil der übrigen Mitglieder ist in der IT-Branche tätig, die noch immer vorwiegend von Männern besetzt ist. Daraus ergibt sich ein selbstverstärkendes System, da neue Mitglieder häufig wieder aus den informationstechnischen Bereichen kommen, weil sie sich naturgemäß leicht mit den Anliegen von VIBE!AT identifizieren können. Bisherige weibliche Netizens sind häufig durch die Mitgliedschaft eines männlichen Freundes oder Partners dazu motiviert worden, sich einzuschreiben. Der niedrige Anteil an Frauen innerhalb des Vereins ist bisher noch nicht thematisiert worden, wird aber von allen Interviewpartnern einstimmig bedauert. Bemühungen um mehr Frauen anzusprechen, hat es mit Verweis auf die geringen Ressourcen von VIBE!AT noch nicht gegeben.

Alle Personen, die interviewt worden sind, haben eine technische Ausbildung, wie HTL, Studium der Betriebsinformatik, etc., abgeschlossen, bzw. arbeiten in technischen Berufen. Ein akademisches Studium haben fünf befragte Mitglieder absolviert oder sind gerade dabei zu absolvieren. Dass der Verein etwas zu sehr „techniklastig“ ist, hat eine Person als kleines Manko bezeichnet, da seiner Meinung nach Leute aus anderen Bereichen, wie Juristen, Soziologen, Politikwissenschaftler, eine wichtige Bereicherung wären.

Es wird betont, dass der gesellschaftliche Aspekt in den Vereinszielen und Anliegen von VIBE!AT im Vordergrund steht. Eine Vertretung für die Benutzer des Internets, um deren Freiheit und Rechte zu schützen. Zwei Mitglieder sehen Lobbying zugunsten der Privatbürger, die das Internet verwenden, als eine zentrale Aufgabe des Vereins.

Das aktive Einsetzen für die Vereinsziele wird gerne gesehen, damit ist v.a. auch gemeint abseits von VIBE!AT im privaten oder beruflichen Umfeld, bspw. bestehende Kontakte nützen.

#### **5.4. Kommunikation innerhalb der Gruppe**

Die Infrastruktur und Kommunikation des Vereins ist internetbasierend, die Bezeichnung virtueller Verein wäre demnach nicht falsch. Auf der Vereinshomepage

finden sich alle Mechanismen zur Vereinsführung. Von der Mitgliederverwaltung, Mailinglistenverwaltung und auch der Buchhaltung.

Die Kommunikation innerhalb des Vereins findet über Mailinglisten statt, persönliche Treffen spielen keine Rolle. Die Verständigung auf elektronischem Weg macht mehr Sinn, als z.B. ein wöchentlicher Stammtisch, betont ID5, da Mitglieder von VIBE!AT über ganz Österreich verstreut sind.

Insgesamt gibt es drei Mailinglisten, die unterschiedlich stark benutzt werden. Die Mailingliste internetz ist auch für Nichtmitglieder offen, die nicht nur Diskussionen folgen, sondern auch ihre Meinung publizieren können. Auf dieser Liste wird Wissenswertes, zum Themenbereich, mit dem sich VIBE!AT beschäftigt, publiziert. Auf der zweiten externen Mailingliste, announce-liste, werden Veranstaltungen und Aktionen angekündigt. Es gibt auch eine Membersliste, die nur angemeldeten Mitgliedern zur Verfügung steht. Auf dieser Liste werden letztendlich Entscheidungen gefällt und neue Aktionen angekündigt.

Es wird von den befragten Personen die Ansicht vertreten, dass es eine Kerngruppe an Mitgliedern gibt, die sich aktiver als andere an Diskussionen beteiligen. Dieser Zirkel besteht aus ungefähr zehn Personen. Gründungsmitglieder und Funktionäre sind auch vertreten, dominieren jedoch nicht. Ein Zusammenhang zwischen offizieller Funktion und besonders hoher Aktivität kann auch deshalb ausgeschlossen werden, da die Person, die von allen befragten Mitgliedern als die aktivste angesehen wird, keine offizielle Rolle innerhalb des Vereins innehat. Die angesprochene Person dominiert die internetz-Mailingliste, verbreitet Nachrichten, informiert die interessierte Öffentlichkeit und betreut somit die Liste. Die interviewten Mitglieder heben positiv hervor, dass die erwähnte Person einerseits überproportional so viel wie andere Netizens publiziert, andererseits die Qualität seiner Statements beständig hoch ist.

Neben der Kerngruppe an Mitgliedern, die sich regelmäßig an Diskussionen, die über die Mailingliste ablaufen, beteiligen, gibt es eine Gruppe von Leuten die abwechselnd stark mitdiskutieren. Wie in den meisten anderen sozialen Systemen gibt es auch bei VIBE!AT die Gruppe der Beobachter. Ihre Tätigkeit reduziert sich auf das Mitlesen des Meinungsaustauschs der anderen. Obwohl die befragten Personen den nahe

liegenden Wunsch äußern, dass sie mehr Aktivität seitens der Mitglieder begrüßen würden, besteht dennoch Zufriedenheit bezüglich der Teilnahme am Gedankenaustausch, da jedem bewusst ist, dass das Engagement für VIBE!AT ehrenamtlich, neben Job und Familie, passiert.

Diskussionen werden auf den Mailinglisten geführt und kommen, laut den befragten Mitgliedern, ohne formale Richtlinien oder Spielregeln aus. ID5 fügt hinzu, dass es aber ungeschriebene Gesetze gibt, z.B. sich gegenseitig zu respektieren und der Verzicht auf persönliche Untergriffe und keine Kritik ohne Gegenvorschlag, womit ständiges Kritisieren verhindert wird. Das Diskussionsklima wird dementsprechend von allen als äußerst angenehm und auf die Sache konzentriert empfunden. Jedes Mitglied kann Themen aufbringen, die unterschiedlich effizient und lange diskutiert werden. Wenn es um brisante Dinge geht, vermerkt ID7, dass der Überblick verloren gehen kann, wenn man nicht auch in der Nacht aktiv ist. Zeitlimits gibt es nur, wenn von Außen ein Termin feststeht, bei einer Petition oder Ähnlichem.

Hinsichtlich der Zeitdauer zur Konsensfindung für offizielle Statements ist die Meinung gespalten. Die Auffassung geht von üblicherweise sehr schnell bis zu schwerfällig. Dabei hängt es von der Materie ab, die zur Diskussion steht. Es gibt einen Grundkonsens bei gewissen Dauerbrennern, wie Spam, aus dem sich automatisch die notwendigen Handlungsschritte ergeben.

Bei der Beurteilung von Gesetzesvorlagen handelt es sich meist um eine längere Fassung, die achtsam durchgelesen werden muss. Das ist einerseits ein Zeitproblem, andererseits finden, laut ID7, juristische Texte weniger Widerhall, weil die Mitglieder weniger vertraut mit rechtskundlichem Wortlaut als mit technischen Ausdrücken sind. Diejenigen Personen, die ihre Meinung zuerst kundtun, fungieren als eine Art opinion leader und weisen auf die Schwachstellen hin. Dadurch haben andere die Chance, sich diese Passagen anzusehen und schließlich zu kommentieren. In Anlehnung an ID5, kristallisiert sich recht schnell eine gemeinsame Auffassung heraus, sobald es einige Meinungen gibt.

Problematischer und zeitintensiver sehen ID7 und ID6 die Suche nach Einigung bei der Erarbeitung von Statements zu gesellschaftspolitischen und technischen



Anliegen, weil es sehr viele Meinungsäußerungen gibt und an kleinen Details lange herumgefeilt wird.

Gelegentlich ist schnelles Handeln von Außen vorgegeben, wenn bspw. eine Petition von EDRI verschickt wird, über die abgestimmt werden muss. In solchen Fällen wäre, nach Meinung von ID5, eine Diskussionsabstimmungswebseite vielleicht sinnvoller als e-Mail.

Dass eine gewisse Affinität zu Technik hilfreich ist, um Diskussionen folgen zu können, glauben fünf der interviewten Mitglieder. Generell wird aber betont, dass eine große Bandbreite an Themenfeldern vorkommt, von no tech bis high tech. Trotzdem gibt es, nach Ansicht von ID6, viele Themen, die stark technisch angehaucht sind und ein hoher Detailgrad an Wissen vorhanden sein sollte. Dieser Umstand wird jedoch von einigen Personen als positiv angesehen, da dadurch Diskussionen auf hohem Niveau geführt werden. Für ID4 ist ein gewisses technisches Grundwissen nötig, um die Gefahren und Konsequenzen von Kommunikationstechnologie abschätzen und somit auch an den Diskussionen teilnehmen zu können.

Auf die Frage, ob Mitglieder während der Diskussion nachfragen, weil sie bestimmte Begriffe nicht verstehen, gibt es unterschiedliche Aussagen. Die Meinung von ID3, wonach einige Mitglieder ihre persönlichen Grenzen akzeptieren, wenn ihr Verständnis endet, steht im Gegensatz zur Ansicht von ID6, dass alle Personen den Diskussionen folgen können. Nachgefragt wird, laut Aussage von zwei Netizens, dann meist jedoch diskret mittels einem privaten Mail an jemand anderen. Schließlich wird der Standpunkt geäußert, dass sich die Mitglieder durchaus trauen zu fragen, wenn sie sich nicht auskennen; was jedoch nicht oft vorkommt.

Die Reaktionen auf erfolgreiche Projekte oder Misserfolge bezeichnet ID3 als sehr flach. Diese Aussage teilen auch die anderen Interviewpartner, nur ID7 hat im Gespräch die jährliche Mitgliederversammlung erwähnt, auf der Projekte auch besprochen werden. Wobei bemerkt werden sollte, dass die Big Brother Awards, die wohl die wichtigste Veranstaltung jedes Jahr ist, sehr stark thematisiert wird, andere Projekte aber eben kaum oder gar nicht. Mehr Anerkennung und positives

Feedback, ist ID3 überzeugt, würden auch zu mehr Engagement der Mitglieder führen.

### **5.5. Öffentlichkeitsarbeit und Lobbying**

Auf der Homepage werden offizielle Statements zu Themengebieten wie Spambelästigung publiziert und gleichzeitig eine Informationsbasis für die Anwendung und dem Umgang mit dem Medium Internet und somit zur Erhöhung der Medienkompetenz angeboten. Die internetz-Mailingliste dient als Plattform, um Themen zu diskutieren, zur Meinungs- und Bewusstseinsbildung und um die Öffentlichkeit zu informieren, deswegen ist diese Liste auch für Nichtmitglieder offen.

Offizielle Statements werden auf der members-Liste erarbeitet. Ein Mitglied nimmt sich eines Themas an und entwirft einen Vorschlag, der über die Liste an die anderen Netizens geleitet wird. Generell, so betont ID5, ist VIBE!AT kein Verein von Generalisten. Es gibt zu verschiedenen Themengebieten, Datenschutz, e-Government etc., kluge Köpfe, die sich mit der Materie intensiver als andere Mitglieder befassen und somit auch für die Ausarbeitung von Statements in Frage kommen. Daraus lässt sich eine gewisse Kompetenzverteilung unter den Mitgliedern ableiten. Die Rohfassung wird im Kollektiv verbessert, ergänzt und schließlich auf der Website publiziert. Über einen Emailverteiler wird das Statement an Journalisten und Redakteure von Online-Medien und Online-Redaktionen von Print-Medien geschickt. Eine zuständige Person, die letztverantwortlich für Öffentlichkeitsarbeit ist, gibt es im Verein nicht. Diese Tatsache wird von ID5 kritisiert, weil eine der Hauptaufgaben von VIBE!AT ist Information zur Verfügung zu stellen. Aus seiner Sicht wird das leider nicht intensiv genug betrieben. Als Beispiel nennt ID5 die announce-Liste, auf der in den letzten sechs Jahren seit Bestehen des Vereins erst ca. 50 Aussendungen herausgegangen sind. Seiner Meinung nach wäre ein PR-Verantwortlicher sehr sinnvoll. Die idealste Lösung wäre, laut ID5, ein permanenter Pressesprecher, der auch entlohnt wird, aber eben immer für Rückfragen ansprechbar ist. Es wird jedoch eingeräumt, dass der Verein dafür natürlich kein Geld hat und eine angestellte Person erst ab einer dreistelligen Mitgliedszahl finanzierbar wäre.

Dass guter Kontakt zu den Medien sehr wichtig ist, betonen vier der interviewten Mitglieder. Wenn Themen von Journalisten aufgegriffen werden, wird eine größere Öffentlichkeit erreicht, die für Bürgerrechte im Internet sensibilisiert werden kann. Der Kontakt zu den Medienvertretern wurde durch Veranstaltungen wie Big Brother Awards hergestellt, genauso wichtig ist aber auch der private Kontakt einzelner Mitglieder zu Journalisten.

Neben Medienkontakten gibt es, laut Aussage von ID5, auch Kontakte von VIBE!AT zu politischen Institutionen. Der Verein ist unabhängig und in keiner Weise parteipolitisch positioniert, wie ID4 feststellt. Mit Institutionen, wie Arbeiterkammer und Ministerien, werden aber Gespräche geführt, da die fachliche und technische Kompetenz von VIBE!AT anerkannt wird. Wie wichtig politische Kontakte für den Verein sind, zeigt ID7 am erfolgreichen Lobbyings für das Durchsetzen eines Spam-Verbots 1999 in Österreich. Durch die richtigen Kontakte auf politischer Ebene konnte damals Informationsmaterial, bezüglich der Spamproblematik, weitergespielt werden. Mehrere Mitglieder haben über verschiedene, private Schienen Kontakte geknüpft. Es wurde eine Informationsbasis zur Spamthematik bereitgestellt, mit der sich die Leute über das Thema informieren konnten. Solche Aktionen funktionieren laut ID7 nicht über die Medien, da hinter geschlossenen Türen Diskussionen führen in so einem Fall die bessere Vorgangsweise ist. Dass Lobbying auf diese Art nicht immer von Erfolg gekrönt ist, musste VIBE!AT mit dem im Jahr 2003 neuen, aufgeweichten Spam-Verbot hinnehmen.

Neben der Website sind für ID2 und ID3 Kooperationen mit anderen Vereinen für verschiedene Veranstaltungen, wie Linux Wochen und Big Brother Awards, eine der effektivsten Möglichkeiten auf den Verein und seine Anliegen aufmerksam zu machen. Solche Events sind auch für Printmedien und das Fernsehen interessant und dadurch lassen sich Kontakte zu Journalisten für zukünftige Themen knüpfen. Als interessant ist hier zu vermerken, dass mehrere Mitglieder von VIBE!AT auch zu anderen, ähnlichen Vereinen gehören, bspw. Quintessenz. Es lässt sich daraus vermuten, dass doppelte Mitgliedschaften die Zusammenarbeit intensivieren und vereinfachen.

Bei Anliegen von globaler Natur arbeitet VIBE!AT im Netzwerk mit anderen internationalen Vereinen zusammen. Zentrale Maßnahmen und Aktionen werden im Dachverband GILC besprochen, beschlossen und gemeinsam durchgeführt.

## 6. Zusammenfassung

Als Abschluss der Arbeit werden im folgenden Abschnitt noch einmal die wesentlichen Ergebnisse der in Kapitel fünf vorgenommenen Interviews zusammengefasst.

Ziel dieser Arbeit war, die Arbeitsweise einer elektronischen Bürgerinitiative am Beispiel VIBE!AT vorzustellen und dabei Punkte wie die Gruppenstrukturen und –prozesse, mögliche Zugangsbarrieren und den Einfluss von Netizens auf die Politik zu beleuchten. Die resultierenden Ergebnisse aus den Interviews sind für das Forschungsprojekt „node“ von Bedeutung, gleichzeitig dient die Arbeit als Ausgangslektüre, um sich über die Möglichkeiten politischer Beteiligung mittels neuer Medien zu informieren.

- VIBE!AT ist eine formelle, sekundäre Großgruppe mit informellen Zügen.
- Obwohl es sich um ein formelles, soziales System handelt, gibt es, neben den gesetzlich vorgeschriebenen Statuten, keine festen Regeln und Vorschriften. Ebenso ist keine Hierarchie, abgesehen von den offiziellen Funktionen, die ebenfalls vom Gesetzgeber vorgeschrieben sind, jedoch innerhalb der Gruppe keine signifikante Rolle spielen, vorhanden.
- Im Gegensatz zu konventionellen Gruppen spielen in diesem virtuellen sozialen System Attraktivität und Sympathie für andere Mitglieder eine vergleichsweise geringe Rolle, da persönliche Treffen kaum vorkommen und die Vereinsarbeit online stattfindet. Gemeinschaft und Geselligkeit bilden kein Motiv für eine Mitgliedschaft bei VIBE!AT, sondern vordergründig das Interesse an der Sache und der damit verbundene Wunsch die Arbeit des Vereins zu unterstützen.
- Die sozio-emotionale Funktionen in dieser virtuellen Gruppe sind kaum ausgeprägt. Dadurch kommt es, im Unterschied zu klassischen Gruppen, zu keiner Beeinflussung des Gruppenzusammenhalts und der Prozess der Problemlösung wird nicht gehemmt.
- Das anarchische Zusammenspiel mag eine Voraussetzung zur Partizipation der Mitglieder zu sein. Jedoch lässt sich durch das weitgehende Fehlen von

Kontrollmechanismen, wie rückblickende Bewertung abgeschlossener Projekte oder konkrete Planung von Projekten bzw. Aktionen im Voraus, die Leistung und Effizienz des Vereins schwer beurteilen und nachvollziehen.

- Eine starre Rollenverteilung ist nicht erkennbar, wohl aber gewisse Kompetenzzuteilungen bei bestimmten Themen an verschiedene Mitglieder.
- Explizite Eintrittsbedingungen für neue Gruppenmitglieder gibt es nicht, grundsätzlich kann jeder mitwirken. Jedoch impliziert das relativ hohe technische Niveau bei Diskussionen und der Anspruch als fachlich und technisch kompetenter Verein gesehen zu werden, dass neue Mitglieder auch ein fundiertes Wissen über Informationstechnologie besitzen sollten.
- Doppelte Mitgliedschaft in Vereinen, die sich mit derselben Thematik beschäftigen, kommt bei VIBE!AT vor und wird für Kooperationen genutzt.
- Das typische Mitglied in diesem Verein ist männlich, hat eine technische Ausbildung bzw. meist ein Studium absolviert und übt einen technischen Beruf aus.
- Der Verein schafft durch den Einsatz informations- und kommunikationstechnischer Infrastruktur Raum für gesellschaftspolitischen Diskurs auf den Kommunikationsebenen Citizen-to-Citizen und Citizen-to-Government.
- VIBE!AT versucht politische Entscheidungen direkt (Lobbying) und indirekt (Aufklärungsarbeit) zu beeinflussen.

Am Beispiel der elektronischen Bürgerinitiative VIBE!AT wird der Einsatz vernetzter Informations- und Kommunikationstechnologie für gesellschaftspolitische Anliegen demonstriert. Der Verein für Internet-Benutzer Österreichs vereint mehrere Ansätze von e-Democracy, z.B. e-Activism, e-Information und e-Campaigning, um sich für digitale Bürgerrechte einzusetzen. Anhand von VIBE!AT wird gezeigt, wie sich das dezentrale Kommunikationsmedium Internet als unabhängige Alternative zu bestehenden Massenmedien verwenden lässt um auf Gefahren für die Informationsgesellschaft aufmerksam zu machen. Neben der Funktion als Informationssender bietet der Verein Diskussionsraum zur Verständigung der Bürger untereinander und forciert somit eine kommunikative

Vernetzung der Bevölkerung. In weiterer Folge bildet sich eine politisch agierende Öffentlichkeit, die für jeweilige Anliegen zusammenarbeitet.

Daraus lässt sich vorhandenes Potential in der Verwendung neuer Medien zur Stärkung der Zivilgesellschaft und des politischen Diskurs ableiten.

Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass sich VIBE!AT einerseits als kleiner Verein sieht, und dieser auch bleiben soll, andererseits wird versucht, auf Gesetzesentwürfe Einfluss zu nehmen. Bei einem Verein mit ca. 70 stellt sich die Frage der Legitimität, um als Interessensvertretung für Internet-Benutzer aufzutreten. Auffallend ist zusätzlich, dass fast alle eingeschriebenen Mitglieder Männer, mit Affinität zu Technik, sind. Somit wird nur ein kleiner Ausschnitt der Gesellschaft repräsentiert. Zugleich muss der Verein für Internet-Benutzer Österreichs als eine Art Vorreiter gesehen werden, da es sonst nur noch eine überschaubare Zahl von ähnlichen Vereinigungen gibt, die sich fundamental wichtige Themen, wie Datenschutz, Privatsphäre im Internet, etc., annimmt und aktiv gegen Missstände vorgeht bzw. versucht, eine breitere Öffentlichkeit zu informieren.

Als Anregung aus diesem Legitimitätskonflikt sei erwähnt, dass es überlegenswert wäre, Lösungsansätze zu erarbeiten, um einen größeren, repräsentativeren Teil der vernetzten Bevölkerung zu elektronisch geführten politischen Meinungsbildungs- und Selbstorganisationsprozessen zu ermutigen. Je mehr Menschen das Potenzial vernetzter Informationstechnologie für politische Anliegen entdecken, desto größer wäre der mögliche Einfluss auf die Volksvertreter. Es sollte aber auch im Interesse des Staates und der Länder sein, den Bürgern Raum für politische Aktivität zu bieten. Die Aufgabe der Politik wäre Rahmenbedingungen zu schaffen, um interaktive Kommunikation zwischen gesellschaftlichen Gruppen zu fördern. Politische Initiativen, wie das Bereitstellen von Plattformen zum Austausch zwischen Bürgern und Behörden, das kostenlose Anbieten von Webspaces und gleichzeitig eine Bildungsoffensive zur Förderung der Medienkompetenz, würden sich anbieten. Speziell für ältere Menschen, Mädchen, Frauen und Migranten wäre es von Bedeutung Schwerpunktprogramme zu setzen, um ihnen nahe zu bringen, welche Möglichkeiten das Internet als Kommunikationsmedium impliziert. Die konkrete

Umsetzung dieser Lösungsvorschläge könnte im Rahmen einer wissenschaftlichen Studie erörtert werden.



## 7. Bibliographie

Alle angegebenen Hyperlinks wurden am 31. Mai 2005 zuletzt überprüft.

Aristoteles / Wolf, Ursula (Hrsg.) (1994). *Politik*. Reinbek bei Hamburg: Rohwolt

Aström, Joachim (2001). *Digital Democracy: Ideas, Intentions and Initiatives in Swedish Local Governments*. Prepared for presentation at the ECPR joint session of workshops, Grenoble.

Atteslander, Peter (2000). *Methoden der empirischen Sozialforschung*. Berlin: Walter de Gruyter.

Bales, Robert F. (1957). *Interaction Process Analysis*. New York: Univ. of Chicago Press.

Döring, Nicola (2003). *Sozialpsychologie des Internet*. Göttingen: Hogrefe.

Cooley, CH. H. / Angell, R.C. / Carr, L.J. (1933). *Introductory Sociology*. New York: Scribner.

Baumberger, Petra (2002). eDemocracy : Voraussetzungen politischer Partizipation über Internet. In Dieter Spahni (Hrsg.), *eGovernment 2 : Perspektiven und Prognosen* (S. 63-92). Bern: Haupt.

Bieber, Christoph (2001). Protestkommunikation im Internet. In Thomas Hoeren (Hrsg.), *Elektronische Demokratie : Bürgerbeteiligung per Internet zwischen Wissenschaft und Praxis* (S. 124-142). München: Beck.

Big Brother Awards (2005)

Verfügbar: <http://www.bigbrotherawards.at/2004/awards/index.php>

Bundes-Verfassungsgesetz (2002).

Verfügbar: <http://www.verfassungen.de/at/indexheute.htm>

Domainbeirat (2003). Mission des Domainbeirates.

Verfügbar: <http://www.domainbeirat.at/de/index.asp?page=mission.html>

Heinrich Böll Stiftung (1998). *Elektronische Demokratie - Eine Textsammlung*.

Verfügbar: [http://www.boell.de/downloads/medien/e\\_demokratiereader.pdf](http://www.boell.de/downloads/medien/e_demokratiereader.pdf)

Girgensohn-Marchand, Bettina (1999). Ergebnisse der empirischen Kleingruppenforschung. In B. Schäfers (Hrsg.), *Einführung in die Gruppensoziologie* (pp. 54-79). Wiesbaden: Quelle & Meyer.

Gisler, M (2001). Einführung in die Begriffswelt des eGovernment. In M. Gisler/D. Spahni (Hrsg.), *eGovernment : Eine Standortbestimmung* (S. 23). Bern: Haupt.

Gukenbiehl, Hermann L. (1998). Formelle und informelle Gruppe als Grundformen sozialer Strukturbildung. In B. Schäfers (Hrsg.), *Einführung in die Gruppensoziologie* (pp. 80-96). Wiesbaden: Quelle & Meyer.

Hart, Thomas / Stüdemann, Dirk-Christof (2004). E-Bürgerbeteiligung zwischen Online-Chat und Bürgernetz. In: Frank Pflüger (Hrsg.), *Neue Medien und Bürgerorientierung* (S. 6-17). Bertelsmann Stiftung.

Verfügbar: [www.begix.de/Studie\\_Neue\\_Medien\\_2004.pdf](http://www.begix.de/Studie_Neue_Medien_2004.pdf)

Harth, Thilo (1999). Internet und Demokratie – neue Wege politischer Partizipation: Überblick, Potential, Perspektiven. In: Wichard Woyke (Hrsg.), *Internet und Demokratie* (S. 8-24). Schwalbach/ Taunus: Wochenschau-Verl.

Heinzel, Sebastian (2005). Schlaflos in Teheran. *Profil*, 16, 102-107.

Help.gv.at (2005).

Verfügbar: <http://www.help.gv.at/Content.Node/32/Seite.320200.html>

Hinkelbein, Oliver (2004). *Ethnische Minderheiten, neue Medien und die digitale Kluft: Deutschland als Entwicklungsland?* Universität Bremen.

Verfügbar: [www.digitale-chancen.de/transfer/downloads/MD642.pdf](http://www.digitale-chancen.de/transfer/downloads/MD642.pdf)

Hochschulstreik im Internet (1998).

Verfügbar: [http://www.uni-giessen.de/fb03/vinci/labore/netz/streik\\_f.htm](http://www.uni-giessen.de/fb03/vinci/labore/netz/streik_f.htm)

Internet Lexikon (2005). *E-Democracy – Definition und Bedeutung*.

Verfügbar: <http://www.ilexikon.com/E-Democracy.html>

James, J.A. (1951). A Preliminary Study of the Size Determinant in Small Group Interaction. *American Sociological Review*, 16, 474-477.

Julien, Heidi (2005). *Connecting Canadians and other challenges for our libraries*. University of Alberta.

Verfügbar: <http://www.expressnews.ualberta.ca/article.cfm?id=4340>

Kleinsteuber, Hans J. (2001). Das Internet in der Demokratie : Euphorie und Ernüchterung. In Thomas Hoeren (Hrsg.), *Elektronische Demokratie : Bürgerbeteiligung per Internet zwischen Wissenschaft und Praxis* (S. 7-27). München: Beck.

Kruse, L. (1972). Gruppen und Gruppenzugehörigkeit. In C.F. Graumann (Hrsg.), *Handbuch der Psychologie*, Bd. 7/2 (pp. 1539-1593). Göttingen: Verlag für Psychologie.

Leggewie, Claus (1997). Netizens : oder der gut informierte Bürger heute. *Transit*, 13, 3-25.

Mambrey, Peter (1998). Elektronische Bürgernetze: von euphorischer Rhetorik zu realitätsbezogenen Konzepten. In *Elektronische Demokratie. Eine Textsammlung*. Berlin: Heinrich Böll Stiftung.

Verfügbar: [http://www.boell.de/downloads/medien/e\\_demokratiereader.pdf](http://www.boell.de/downloads/medien/e_demokratiereader.pdf)

Mills, Theodore M. (1969). *Soziologie der Gruppe*. München: Juventa.

Netlexikon (2005).

Verfügbar: <http://www.lexikon-definition.de/Usenet.html>

Pflüger (Hrsg.), Frank (2004). *Neue Medien und Bürgerorientierung*. Bertelsmann Stiftung.

Verfügbar: [www.begix.de/Studie\\_Neue\\_Medien\\_2004.pdf](http://www.begix.de/Studie_Neue_Medien_2004.pdf)

Protest.Net (2005).

Verfügbar: [http://protest.net/about\\_protest\\_net.html](http://protest.net/about_protest_net.html)

Sader, Manfred (1991): *Psychologie der Gruppe*. Weinheim: Juventa.

Schäfers<sup>1</sup>, Bernhard (1998): Die soziale Gruppe. In Korte/Schäfers (Hrsg.), *Einführung in die Hauptbegriffe der Soziologie*. Opladen: Leske und Budrich.

Schäfers<sup>2</sup>, Bernhard (Hrsg.) (1998). *Einführung in die Gruppensoziologie*. Wiesbaden: Quelle & Meyer.

Siedschlag, Alexander, Rogg, Arne, Welzel, Carolin [et al.] (2002). *Digitale Demokratie. Willensbildung und Partizipation per Internet*. Opladen: Leske + Budrich.

Schulz, Wolfgang (1993): *Einführung in die Soziologie : für Sozialwissenschaftler und Juristen*. Wien: Institut für Soziologie der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien.

Trost, Roland (1998). Bürgerinformation, Bürgerservice und Bürgerbeteiligung mit Hilfe des Internet. In: *Elektronische Demokratie. Eine Textsammlung*. Berlin: Heinrich Böll Stiftung.

Verfügbar: [http://www.boell.de/downloads/medien/e\\_demokratiereader.pdf](http://www.boell.de/downloads/medien/e_demokratiereader.pdf)

Tuckman; B.W. (1965). Development Sequence in Small Groups. *Psychological Bulletin*, 63, 384-399.

Tuckman, B.W. & Jensen, M. (1977). Stages of Small Group Development. *Group and Organizational Studies*, 2, 419-427.

VIBE!AT (2005).

Verfügbar: <http://www.vibe.at>

Wenzel, Steffen (1999). *Die demokratische Gesellschaft der Zukunft*

Verfügbar: <http://www.politik-digital.de/archiv/hintergrund/zukunft.shtml>

Wössner, Jakob (1974). *Soziologie: Einführung und Grundlegung*. Wien: Hermann Böhlau Nachf.

## 8. Anhang

### 8.1. Interview-Leitfaden

1. Erzähle mir etwas über deinen beruflichen Hintergrund.
2. Wie bist du auf VIBE!AT aufmerksam geworden?
3. Wie lange bist du schon Mitglied bei VIBE!AT?
4. Wie würdest du die Vereinsziele, Anliegen beschreiben?
5. Arbeitest du aktiv mit?
6. Wenn ja, was sind deine Aufgaben?
7. Welche Kommunikationsmittel werden zur Verständigung verwendet?
8. Werden abseits des Computers andere Kommunikationsmittel eingesetzt?
9. Weißt du, wie viele Mitglieder VIBE!AT hat?
10. Wie hoch ist ca. der weibliche Anteil?
11. Wieso ist der Anteil ihrer Meinung nach so niedrig/hoch?
12. Falls niedrig: Hat es dazu schon mal Diskussionen gegeben, warum das so ist und was man dagegen tun könnte?
13. Kennst du andere Mitglieder von VIBE!AT persönlich?
14. Beschreibe dein Verhältnis zu anderen Mitgliedern!
15. Beschränkt sich dein Kontakt zu anderen Personen auf die Tätigkeiten innerhalb von VIBE!AT oder gibt es auch private Kontakte (E-Mailverkehr, persönliche Treffen, Hobbies, beruflicher Kontakt)?
16. Hast du das Gefühl, dass sich alle oder zumindest der größere Teil der Mitglieder aktiv an Diskussionen beteiligt?
17. Bist du mit dieser Situation zufrieden?
18. Falls nicht: Wie könnte man diesen Zustand verbessern?
19. Wie oft finden Treffen der Mitglieder statt?
20. Hast du den Eindruck, dass die Mehrzahl der Mitglieder teilnimmt?
21. Wie wichtig sind deiner Meinung nach persönliche Treffen, um sich auf Themen letztendlich zu einigen bzw. Vorgehensweisen innerhalb der Community festzulegen?
22. Wie viele Personen sind in die Leitung von VIBE!AT involviert?
23. Was sind deren Aufgaben?

24. Wie stark ist die Fluktuation von Mitgliedern innerhalb dieser leitenden Gruppe?
25. Sind die Personen aus der leitenden Gruppe auch jene, die meistens neue Initiativen, Themen und mögliche Ziele von VIBE!AT vorschlagen?
26. Falls nicht, gibt es eine andere Kerngruppe von Mitgliedern, die inhaltliche Akzente setzt oder variiert das sehr stark?
27. Gibt es gewisse Spielregeln bei den Diskussionen? z.B. Zeitlimit, Platzlimit?
28. Ist eine gewisse Affinität zu Technik hilfreich, um Diskussionen folgen zu können bzw. aktiv sich zu beteiligen?
29. Gehen gesellschaftspolitische Aspekte in den Diskussionen manchmal ein wenig verloren gegenüber technischen Fragen?
30. Gibt es meistens einen schnellen Konsens innerhalb der Gruppe, wenn es darum geht, neue Themen zu bewerten und offizielle Statements zu veröffentlichen?
31. Wenn ja, warum glaubst du, ist das so?/ Falls nicht, wo liegen deiner Meinung nach die Gründe?
32. Wie würdest du das Diskussionsklima innerhalb VIBE!AT beschreiben?
33. Wie werden Aufgabenverteilungen festgelegt? (Freie Aufgabenverteilung?)
34. Bist du damit zufrieden?
35. Gibt es fix bestehende Arbeitsgruppen?
36. Bitte, beschreibe die Arbeitsweise!
37. Überwiegt Einzelarbeit oder Teamarbeit?
38. Wie werden mögliche Ziele festgelegt?
39. Kannst du Beispiele für erfolgreiche Projekte und Tätigkeiten nennen?
40. Warum waren sie für euch erfolgreich?
41. Warum hat deiner Meinung nach die (Zusammen)arbeit so gut geklappt?
42. Gab es auch Fehlschläge?
43. Wären diese aus deiner Sicht zu verhindern gewesen?
44. Wie wird mit Erfolgen und Misserfolgen von Arbeitsgruppen und Einzelnen umgegangen?
45. Welche politischen Themen sind derzeit gerade aktuell für VIBE!AT?
46. Welche Ziele hat sich VIBE!AT gesetzt in Bezug auf dieses Thema?
47. Wie wird das Erreichen dieser Ziele kontrolliert oder sichergestellt?

48. Bitte, beschreibe die Vorgehensweise/Arbeitsweise bezüglich dieser neuen Themensetzungen!
49. Rückblickend auf deine bisherige Mitgliedschaft bei VIBE!AT; bist du zufrieden mit der Entwicklung des Vereins?
50. Was stört dich, was würdest du verbessern?



## 9. Lebenslauf

Martin Bohatschek

Geboren, am 05.03.1982 in Wien

### *Ausbildung*

---

Sept. 2001 – Juni 2005	FH-Studiengang Informationsberufe, A-7000 Eisenstadt Bibliotheks-, Informations- und Dokumentationswesen
Sept. 1992 – Juni 2000	Bundesgymnasium und Bundesrealgymnasium Wien XXII, Bernoullistraße 3

### *Berufstätigkeit*

---

Sept. 2004 – Jan. 2005	The Institute of Contemporary History and Wiener Library, London
Juli/August 2003 & Juli 2004	GRANDITS-Team Reprografie GmbH, Schönburgstraße 26, 1040 Wien
Juli 2002	Praktikum im Technischen Museum Wien

### *Projekte*

---

Sept. 2003 – Juni 2004	Verbesserung der internen und externen Kommunikationswege der IG Kultur Österreich, sowie umfangreiche Recherchetätigkeit bezüglich dem Themenschwerpunkt der IG Kultur Österreich „politischen Antirassismus“
Sept. 2002 – Juni 2003	Technische Umsetzung einer Wissensplattform (Circle of Excellence) für die Lehrbeauftragten des FHS Informationsberufe
Februar 2002 – Juni 2002	Konzept für die Ausstellung medien.matrix für das Technische Museum Wien